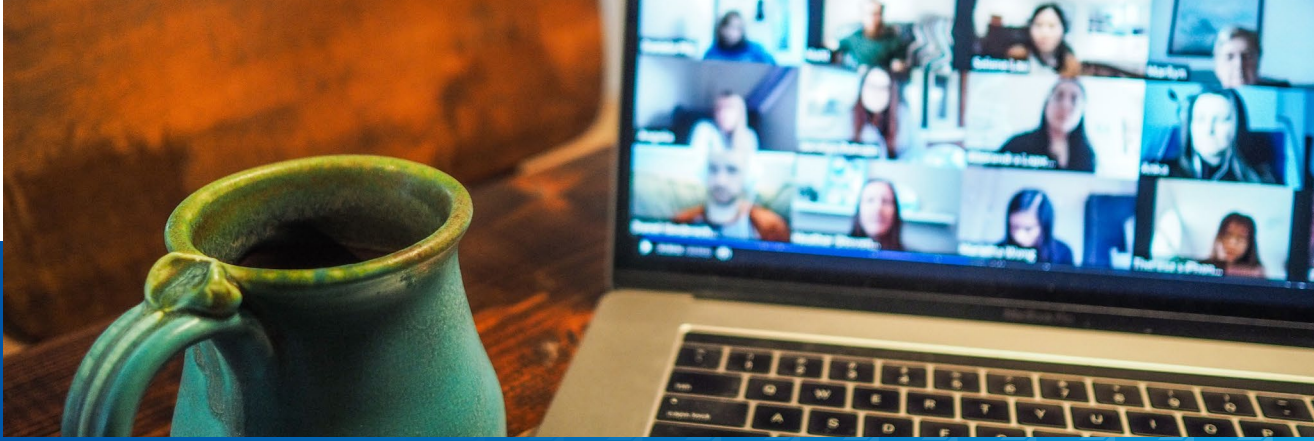




Konjunktur aktuell

2/2020

16. Juni 2020, 8. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 26



Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein

Die Weltwirtschaft befindet sich aufgrund der Corona-Pandemie in einer tiefen Rezession. Der Produktionseinbruch dürfte weltweit im ersten Halbjahr 2020 deutlich tiefer sein als infolge der Finanzkrise im Winterhalbjahr 2008/2009. Auch die deutsche Wirtschaft wurde von der Pandemie schwer getroffen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2020 um 5,1% sinken und im kommenden Jahr um 3,2% zulegen. In Ostdeutschland dürfte der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie mit 3,2% im Jahr 2020 schwächer ausfallen als in Gesamtdeutschland.

Konjunktur aktuell: Wirtschaft stellt sich auf Leben mit dem Virus ein

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft befindet sich im Sommer 2020 in einer tiefen Rezession. Auslöser ist die Corona-Pandemie: Regierungen haben überall in der Welt eine Vielzahl von Möglichkeiten der Mobilität und des Zusammentreffens von Personen unterbunden. Etwa seit Mai werden die Restriktionen in etlichen Ländern wieder gelockert. Für den zeitlichen Verlauf der Rezession ist neben den Lockerungen vor allem das Krankheitsgeschehen selbst maßgeblich, das in Asien sehr deutlich und in der Europäischen Union spürbar zurückgegangen ist, kaum jedoch in den USA. Alles in allem dürfte der Produktionseinbruch in der Welt im ersten Halbjahr 2020 deutlich tiefer sein als infolge der Finanzkrise im Winterhalbjahr 2008/2009.

Die deutsche Wirtschaft wurde von der Pandemie schwer getroffen. Allerdings ist der Einbruch nicht so tief wie in den großen Nachbarländern im Euroraum, wo die Zahl der Erkrankungen und Sterbefälle relativ zur Bevölkerung höher liegt. Die Rezession dürfte im zweiten Quartal an ihrem Tiefpunkt sein, denn die Epidemie ist im Mai und Juni zurückgegangen und die Restriktionen wurden gelockert. Für die Prognose wird eine in etwa gleichbleibende Zahl aktiver Coronafälle unterstellt. Unter diesen Bedingungen und gestützt von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen dürfte sich die Konjunktur erholen, allerdings aufgrund der bleibenden Verunsicherung recht zögerlich, zumal ein kräftiger Aufschwung der Exportwirtschaft nicht zu erwarten ist. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2020 um 5,1% sinken und im kommenden Jahr um 3,2% zulegen. In Ostdeutschland dürfte der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie mit 3,2% im Jahr 2020 schwächer ausfallen als in Gesamtdeutschland. Das wesentliche Risiko für diese Prognose ist ein starker Wiederanstieg der Corona-Erkrankungen in der nördlichen Hemisphäre im Herbst.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2018 bis 2021

	2018	2019	2020	2021
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	1,5	0,6	-5,1	3,2
darunter: Ostdeutschland ^a	1,3	1,3	-3,2	2,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	-3,7	1,5
Tariflöhne je Stunde	2,9	3,2	1,9	1,6
Effektivlöhne je Stunde	3,0	3,2	2,0	0,0
Lohnstückkosten ^b	2,5	3,3	3,6	-1,8
Verbraucherpreisindex	1,8	1,4	0,4	1,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 854	45 236	44 721	44 432
Arbeitslose ^c	2 340	2 267	2 860	2 930
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,2	5,0	6,3	6,4
darunter: Ostdeutschland ^a	6,9	6,4	7,8	7,9
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,9	1,5	-6,7	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	7,4	7,1	3,8	4,2

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2020: Prognose des IWH (Stand: 16.06.2020).

* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Pandemiegesehen bestimmt Rezession in der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft befindet sich im Sommer 2020 in einer tiefen Rezession. Auslöser ist die Corona-Pandemie: Um Ansteckungsrisiken zu mindern, haben Regierungen in der ersten Jahreshälfte überall in der Welt eine Vielzahl von Möglichkeiten der Mobilität und des Zusammentreffens von Personen außerhalb ihres engsten Umfeldes unterbunden. Etwa seit Mai werden die Restriktionen in etlichen Ländern wieder gelockert, aber viele Menschen scheuen weiterhin von sich aus Situationen mit erhöhten Ansteckungsrisiken. Je stärker die wirtschaftlichen Aktivitäten von diesen Einschränkungen betroffen sind, desto stärker sind sie zurückgegangen: fast vollkommen eingestellt wurden Großveranstaltungen und der Tourismus, erheblich geschrumpft sind persönliche Dienstleistungen und der Einzelhandel, am wenigsten betroffen sind Dienstleistungen etwa im Finanzbereich, die zum Großteil ohne direkten Kundenkontakt abgewickelt werden können. Manche Branchen wie der Online-Handel profitieren sogar von der Krise. Das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft leiden teils unter Behinderungen der Produktion, die Maßnahmen gegen die Pandemie mit sich bringen, teils unter Nachfrageausfall aufgrund der weltweiten Rezession.

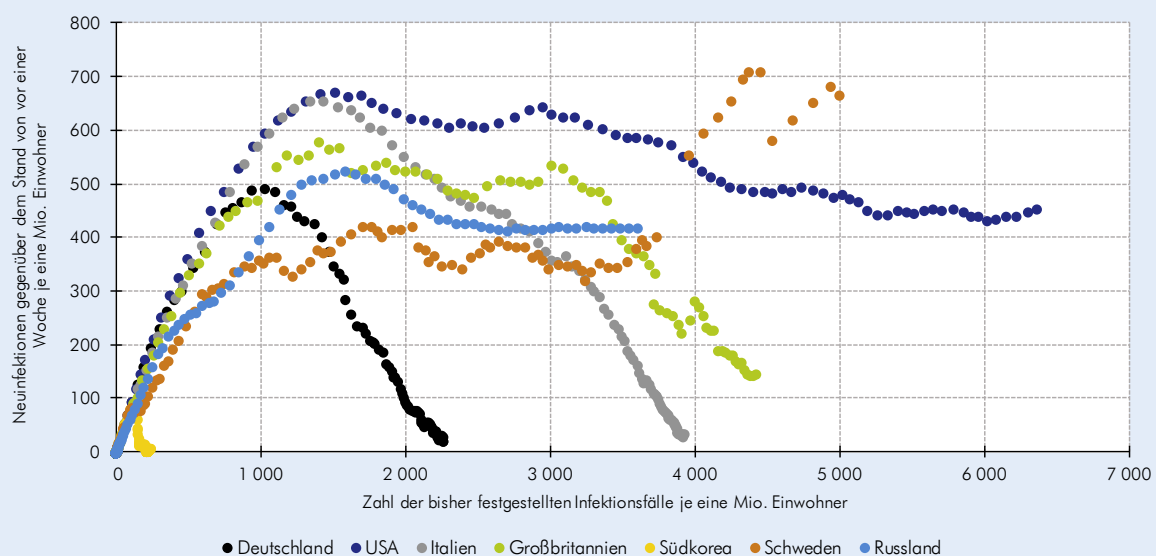
Pandemie hat in Asien und in der Europäischen Union an Intensität nachgelassen

Für den zeitlichen Verlauf der Rezession ist das Krankheitsgeschehen maßgeblich: Die Pandemie nahm ihren Ausbruch im Januar in China, wo aber schon Ende Februar nur noch sehr wenige Neuerkrankungen gemeldet wurden, etwa zur gleichen Zeit, als es zu heftigen Ausbrüchen in Südkorea und vor allem in Norditalien kam. Seither hat sich das Virus weltweit verbreitet. Allerdings sinkt die Zahl von Neuinfektionen vielerorts. Wie sehr sich das Tempo dabei regional unterscheidet, zeigt Abbildung 1:

Abbildung 1

Neuinfektionen und Gesamtzahl der Infektionsfälle relativ zur Bevölkerung

Tagesdaten vom 29.01.2020 bis 14.06.2020



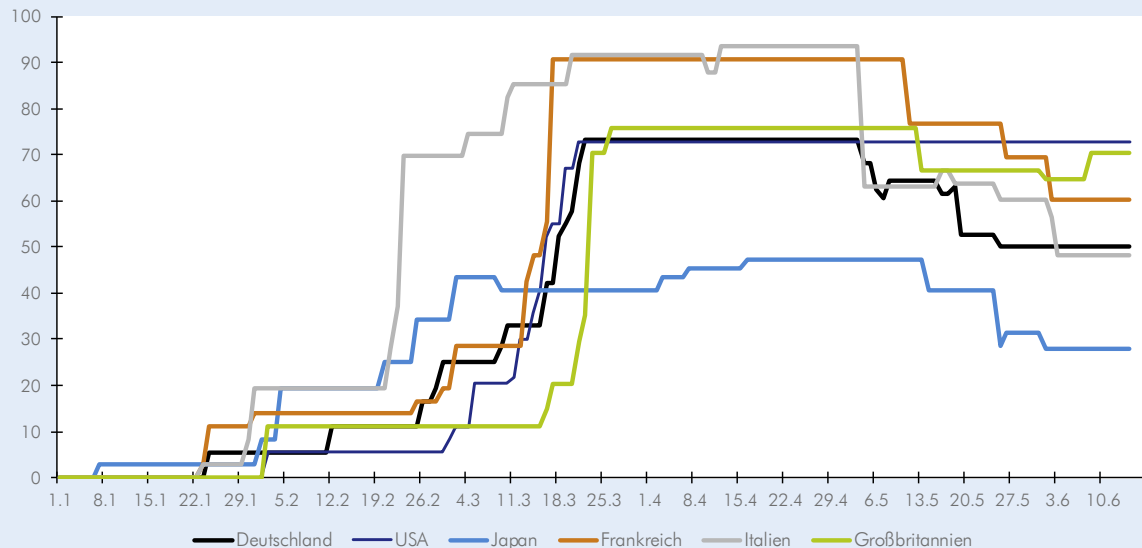
Quellen: Johns Hopkins University; Berechnungen des IWH.

Jeder Punkt stellt für ein bestimmtes Land und einen Tag zwischen Ende Januar und Mitte Juni 2020 die Kombination aus der Zahl der bis dahin bestätigten Covid-19-Infektionen je eine Million Einwohner und der Zahl der Neuinfektionen gegenüber dem Stand von vor einer Woche dar. Es zeigt sich, dass Südkorea, wie auch andere ostasiatische Länder (mit Ausnahme Singapurs), die Epidemie weitgehend, allerdings nicht zur Gänze eindämmen konnte. Um ein Vielfaches höher ist die Infektionsdichte in Deutschland, die Neuinfektionen sind aber auch hier seit Anfang April sehr deutlich zurückgegangen. Ähnliches gilt für das insgesamt deutlich stärker getroffene Italien, während die Zahl der Neuinfektionen in Großbritannien zwar auch ihren Höhepunkt deutlich überschritten hat, sich aber unbeständig entwickelt. In Russland und den USA bleibt die Zahl der Neuinfektionen konstant hoch. Für Schweden, wo der Staat auf einschneidende Zwangsmaßnahmen verzichtet, hat sich

die Lage im Juni sogar noch verschärft. Die Lage in den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern ist wegen mangelnder Datengrundlage schwer einzuschätzen. Auf der einen Seite ist das Gesundheitssystem auf die Herausforderungen der Pandemie im Allgemeinen schlecht vorbereitet, auf der anderen Seite ist die Bevölkerung dort zumeist jünger als in Europa, und der Anteil schwerer Krankheitsverläufe dürfte deshalb deutlich niedriger liegen.

Abbildung 2**Index staatlicher Restriktionen**

Grad der Restriktion aufgrund staatlicher Maßnahmen zur Pandemieeindämmung



Quelle: Hale et al. (2020).

Gegenwärtig werden die staatlich verhängten Restriktionen nahezu überall in unterschiedlichem Ausmaß gelockert. Ein an der Universität Oxford entwickelter Index staatlicher Restriktionen (stringency index) gibt das Ausmaß der Restriktionen für die einzelnen Länder im Zeitverlauf an.¹ Abbildung 2 zeigt den Indikator für ausgewählte Länder. Über die ganze Zeitspanne niedrig ist der Indikatorwert für Japan. Dem Land ist es gelungen, die Krankheit weitgehend einzudämmen, ohne viele staatliche Zwangsmaßnahmen zu verhängen. Was die europäischen Länder betrifft, fällt auf, dass Frankreich das öffentliche Leben, einschließlich der Wirtschaft, deutlich stärker restringiert als Deutschland. Bis Anfang Juni traf dies auch für Italien zu. In Großbritannien und den USA war das Ausmaß der Restriktionen zunächst eher niedrig, konnte aber wegen der weiterhin hohen Infektionszahlen bislang nur wenig gelockert werden. Allerdings ist die Lage in den einzelnen US-Bundesstaaten recht unterschiedlich.

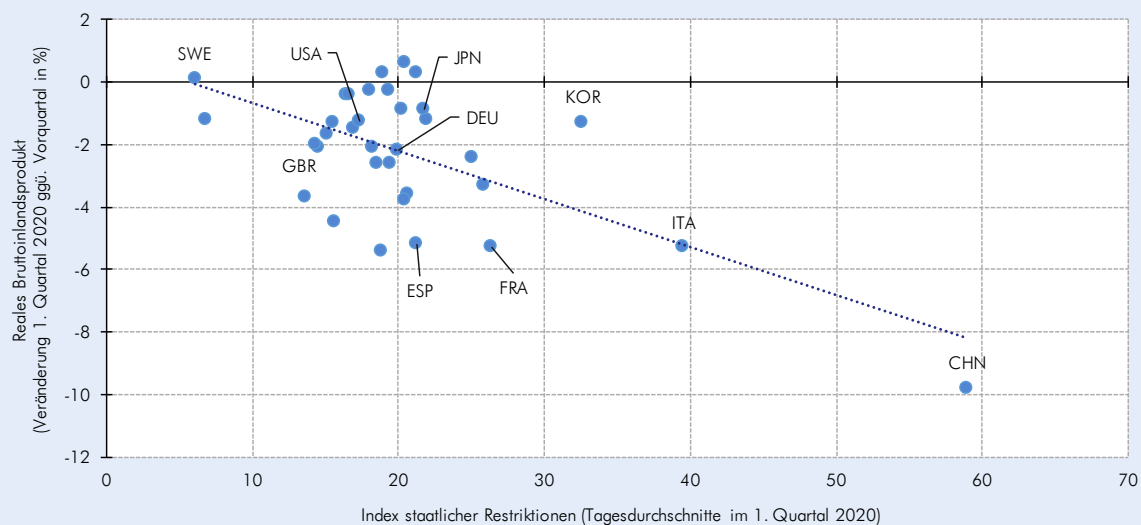
Produktionseinbruch wohl tiefer als in der Großen Rezession

Wie stark die Pandemie die gesamtwirtschaftliche Aktivität unterbindet, lässt sich für China gut erkennen, denn dort fiel die akute Phase der Epidemie bereits ins erste Quartal: In diesem Zeitraum ist die chinesische Produktion um 9,8% gesunken. Mittlerweile befindet sich die Wirtschaft auf einem zögerlichen Erholungskurs, mit wieder recht starker Industrieproduktion, aber noch schwächelnden Einzelhandelsumsätzen im April. Wo die epidemische Akutphase ins zweite Quartal fällt, etwa in Europa und in den USA, ist für diesen Zeitraum mit Produktionsrückgängen in ähnlicher Größenordnung wie in den ersten drei Monaten des Jahres in China zu rechnen. Auch werden Länder (wie Italien oder Spanien) härter getroffen, für die Gastronomie und

¹ Der Indikator setzt sich aus acht Unterindikatoren zusammen, die den Grad der Restriktionen in folgenden Bereichen abbilden: Schulen, Arbeitsplätze, öffentliche Veranstaltungen, Versammlungen, öffentlicher Verkehr, Verlassen der eigenen Wohnung, Restriktionen der Bewegungsfreiheit im Land und des internationalen Reiseverkehrs. Zudem werden das Vorhandensein staatlicher Informationen zum Coronavirus und deren Umfang berücksichtigt. Vgl. Hale, T.; Angrist, N.; Kira, B.; Petherick, A.; Phillips, T.; Webster, S.: "Variation in Government Responses to COVID-19" Version 6.0, Blavatnik School of Government, Working Paper, 25. Mai 2020.

Tourismus eine große Rolle spielen, zudem Volkswirtschaften (wie Deutschland und Tschechien) mit starker Produktion von Investitionsgütern, deren Nachfrage grundsätzlich stark mit der internationalen Konjunktur schwankt. Schließlich haben schärfere Restriktionsmaßnahmen generell stärkere Einschränkungen der Produktion zur Folge (vgl. Abbildung 3). Alles in allem dürfte der Produktionseinbruch in der Welt im ersten Halbjahr 2020 deutlich tiefer sein als infolge der Finanzkrise im Winterhalbjahr 2008/2009, als weite Teile des Dienstleistungssektors stabil blieben und neben dem Finanzsektor hauptsächlich Industrie und Bauwirtschaft betroffen waren (vgl. Abbildung 4). Der Welthandel dürfte in ähnlichem Ausmaß getroffen werden: Während damals für einige Monate die Handelskredite versiegten, drohen gegenwärtig internationale Wertschöpfungsketten zu reißen, weil das regional differenzierte Verbreitungsgeschehen der Pandemie die Produktion in den verschiedenen Regionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten lahmlegen kann.

Abbildung 3
Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus und wirtschaftliche Aktivität



Quellen: Hale et al. (2020); Nationale Statistikämter; Darstellung des IWH.

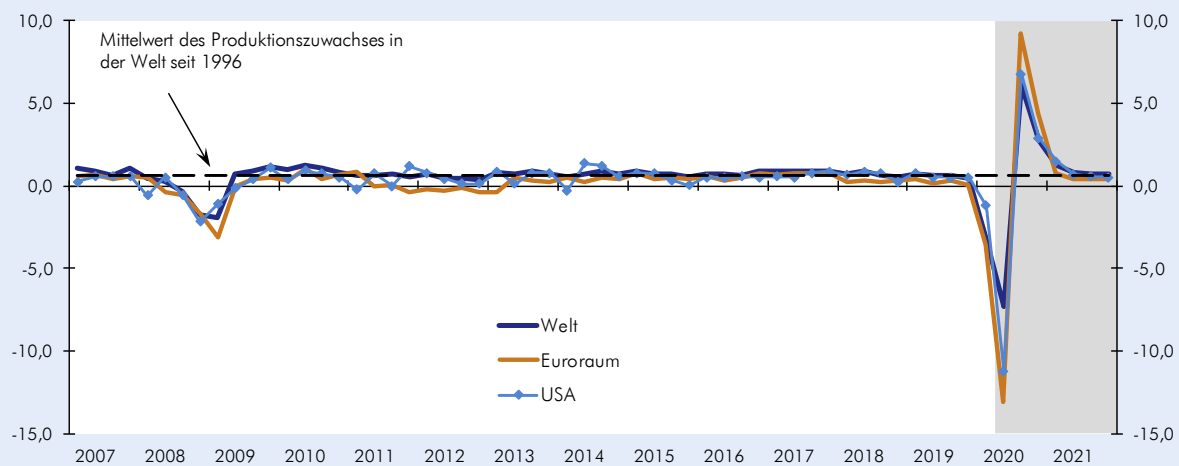
Dass die gegenwärtige Krise ganz anders geartet ist als die Große Rezession, zeigen die zurzeit vergleichsweise stabilen Rohstoffpreise: Zwar sind Industriemetalle seit Januar deutlich billiger geworden, aber nicht so drastisch wie damals. Lag der Kupferpreis im Februar 2009 mehr als 50% unter Vorjahresniveau, sind es gegenwärtig (Anfang Juni) etwa 10%. Die Ölpreise haben sich nach einem allerdings dramatischen Einbruch im März und April wieder etwas erholt: Die Sorte Brent notiert Anfang Juni mit etwa 40 US-Dollar je Barrel etwa 40% unter Vorjahresniveau (im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte 2009 waren es 53%). Neben Absprachen wichtiger Produzentenländer spielt hier eine Rolle, dass mit einem Anziehen der Industrieproduktion vor allem in Ostasien gerechnet wird.

Der Fall der Energie- und Rohstoffpreise vom Frühjahr war allerdings so deutlich, dass die Inflationsraten in den USA, im Euroraum und in Japan im Frühsommer auf Werte knapp über null gefallen sind. Wie sich das weltweite Preisklima im weiteren Jahresverlauf entwickelt, ist schwer abzuschätzen: auf der einen Seite führt die Krise zu Einbrüchen der Nachfrage, aber auch vielfach zu erheblich höheren Produktionskosten, etwa wegen der Unterbrechung von internationalen Lieferketten oder des Fehlens von Arbeitskräften aufgrund von Mobilitätsbeschränkungen. Dies schlägt sich gegenwärtig etwa in Preisen für unverarbeitete Nahrungsmittel nieder, die im Euroraum um 6,5% über Vorjahresniveau lagen. Zudem sind die Lohnstückkosten vielfach sprunghaft angestiegen, nämlich überall dort, etwa im Euroraum (um 4,1%) oder in Großbritannien (um 6,6%), wo der Einbruch der Produktion erst einmal nicht zu einer massiven Freisetzung der Arbeitskräfte geführt hat. In den USA sprang stattdessen die Arbeitslosenquote von 3,5% im Februar auf 14,7% im April. Überall hat die Krise die privaten Haushalte veranlasst, einen deutlich größeren Teil ihres Einkommens zu sparen.

Recht widerstandsfähig haben sich in der Krise bislang die Finanzmärkte gezeigt. Im April und Mai holten die Aktienkurse sogar einen Großteil ihrer Verluste aus der Zeit der ersten Corona-Ausbrüche außerhalb Chinas

wieder auf. In den USA und in Japan befinden sich die Kurse (gemessen an S&P 500 und Nikkei) auf ihrem Niveau vom Herbst vergangenen Jahres, im Euroraum (gemessen am Euro STOXX 50) auf dem von Anfang 2019. Die abrupten Kursrückgänge in der zweiten Juniwoche und der Wiederanstieg der aus Optionspreisen abgeleiteten impliziten Volatilitäten zeigen jedoch, dass die Pandemie-Krise jederzeit auch die Finanzmärkte destabilisieren kann. Das gilt auch für die Märkte für festverzinsliche Wertpapiere, wo die Risikoprämien, die Emittenten geringerer Bonität zu zahlen haben, bislang nicht drastisch gestiegen sind. So ist die Differenz zwischen den Renditen italienischer und deutscher Staatstitel zurzeit niedriger als etwa vor einem Jahr. Auch sind Geschäftsbanken im Euroraum bislang bereit gewesen, in der Krise ihre an Unternehmen vergebenen Kredite kräftig auszuweiten.

Abbildung 4
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2020 und 2021: Schätzung und Prognose des IWH.

Der Hauptgrund dafür, dass sich die Turbulenzen an den Finanzmärkten bisher in Grenzen halten, liegt in der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Pandemie-Krise. Die in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften geschnürten Fiskalpakete sind in ihrem Umfang (auch relativ zur Wirtschaftsleistung) einmalig. In den USA ist für 2020 mit einem Staatsdefizit von 16% (kalenderjährlich und gesamtstaatlich) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen, in Japan von etwa 11%, und über alle Euroraum-Länder aggregiert wird die Quote des öffentlichen Defizits im Wirtschaftsraum nach vorliegender Prognose bei 8,3% liegen. Die finanzpolitischen Programme stützen den Wert von risikobehafteten Wertpapieren auf zweierlei Art: allgemein über eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Aussichten, und speziell über die Aussicht, dass Eingriffe von öffentlicher Seite Insolvenz oder Zahlungsausfall im Notfall verhindern werden. Die großen Zentralbanken akkommodieren die finanzpolitischen Maßnahmen, indem sie in großem Umfang Staatstitel erwerben und signalisieren, dass für längere Zeit mit Leitzinsen von um die null Prozent zu rechnen ist.

Für den Gang der internationalen Konjunktur im weiteren Jahresverlauf und im Jahr 2021 ist entscheidend, ob die Pandemie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter in Schach gehalten werden kann, wenn Restriktionen in den kommenden Monaten wie vielerorts geplant weiter aufgehoben werden. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass dies zwar gelingt, dass die Pandemie aber in der Welt bleibt und die Weltwirtschaft weiter belastet: über die menschlichen Verluste durch Krankheit, über die Ressourcen, die zur Vermeidung von Ansteckungen aufgewendet werden und über die belastende Wirkung des vielfach geteilten Bewusstseins, dass neue Infektionswellen möglich sind. Unter dieser Voraussetzung dürfte die Wirtschaftsleistung nach einem drastischen Einbruch im zweiten Quartal in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich zunehmen, allerdings dürfte das Produktionsniveau von vor der Pandemie erst im zweiten Halbjahr 2021 wieder erreicht werden. Denn einige wirtschaftliche Aktivitäten wie der Tourismus, aber auch die für überregionales Wirtschaften schwer verzichtbare Mobilität von Arbeitskräften werden erheblich eingeschränkt bleiben. Auch sind längerfristige Schäden der Rezession in Rechnung zu stellen, etwa, weil Arbeitslosigkeit Humankapitalverluste

mit sich bringt und durch Insolvenzen produktive Arbeitsbeziehungen zerrissen werden, aber möglicherweise auch, weil staatliche Hilfen den Marktwettbewerb ersetzen und damit die Anreize zur effizienten Produktion verringern könnten.

Alles in allem sinkt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2020 um 4,4% und im Jahr 2021 legt sie dann um 5,2% zu (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern geht dieses Jahr um 8,5% zurück, für das Jahr 2021 wird eine Expansionsrate von 6% prognostiziert.

Deutsche Wirtschaft: Binnennachfrage erholt sich langsam von dem Corona-Schock, Außenhandel weiter schwach

Schon im Januar dieses Jahres wurde das Corona-Virus nach Deutschland gebracht, ab Ende Februar verbreitete es sich rasch und nahezu unkontrolliert im ganzen Land. Mitte März verhängte die Politik zur Bekämpfung der Pandemie eine Reihe von Shutdown-Maßnahmen, welche große Teile der Wirtschaft stilllegten. Seit Anfang April gehen die Infektionszahlen deutlich zurück, und deshalb wurden viele Restriktionen Schritt für Schritt und je nach Bundesland unterschiedlich zügig wieder aufgehoben. Die Gesundheitsämter sind derzeit in der Lage, die einzelnen Infektionsketten nachzuverfolgen, und verfügen damit über ein wichtiges Instrument zur Eindämmung der Epidemie.

Die deutsche Wirtschaft wurde von der Pandemie schwer getroffen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im ersten Quartal 2020 schon um 2,2% gesunken, obwohl die meisten Restriktionen nur für die letzten zwei oder drei Wochen dieses Zeitraums galten. Allerdings ist der Einbruch nicht so tief wie in den großen Nachbarländern im Euroraum, wo die Zahl der Erkrankungen und Sterbefälle relativ zur Bevölkerung höher liegt. Deshalb waren die Restriktionen und wohl auch das freiwillige Aussetzen wirtschaftlicher Aktivitäten in Deutschland weniger drastisch als in Italien, Frankreich oder Spanien. So konnte etwa die Bauproduktion in Deutschland anders als in den genannten Ländern recht kräftig zulegen, freilich auch begünstigt durch milde Witterung. Sehr deutlich, um 4,4%, ging dagegen die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zurück. Die Automobilindustrie hat von der zweiten Märzhälfte bis weit in den April hinein ihre Produktion nahezu vollkommen eingestellt, denn die internationalen Wertschöpfungsketten wurden pandemiebedingt vielfach unterbrochen, und es konnten auch kaum Autos verkauft werden. Der Rückgang in den Sparten Handel, Verkehr, Gastgewerbe um 3,4% ist vor allem auf die verordneten Restriktionen zurückzuführen. Aus Perspektive der Güterverwendung sind der private Konsum (–3,2%) und die Exporte (–3,1%) deutlich zurückgegangen.

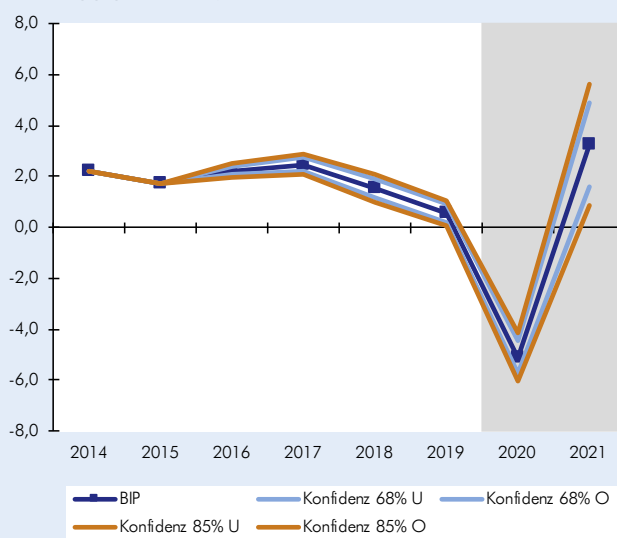
Mit der Produktion ist auch die Zahl der Arbeitsstunden stark gesunken. Dagegen hält sich der Rückgang der Erwerbstätigenzahl seit März bislang in Grenzen – im ersten Quartal dieses Jahres lag sie sogar noch über der im Schlussquartal 2019. Arbeitszeitkonten wurden abgebaut, und 2 Mio. Beschäftigte haben im März Kurzarbeitergeld bezogen. Bis Mai könnte diese Zahl auf 7 Mio. Beschäftigte gestiegen sein, deutlich mehr als in der Finanzkrise 2009, als jahresdurchschnittlich 1,1 Mio. Personen in Kurzarbeit waren. Mit der Beschäftigung ist auch das Arbeitnehmerentgelt im ersten Quartal nahezu konstant geblieben, während die Lohnstückkosten um 2,1% gestiegen und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 5,4% gesunken sind. Wie in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben auch in Deutschland die privaten Haushalte deutlich mehr gespart, ihre Sparquote stieg von 11,1% auf 12,4%; rechnet man die saisonal üblichen Schwankungen nicht heraus, lag sie bei 16,7%. Hier schlagen sich die Einschränkungen sozialer Kontakte nieder, etwa das Verbot öffentlicher Veranstaltungen und die Schließungen von Gastronomie und Einzelhandel, wohl aber auch die Sorge vieler Menschen um ihre wirtschaftliche Zukunft.

Die Rezession dürfte im zweiten Quartal an ihrem Tiefpunkt sein, denn die Epidemie und der Grad der Restriktionen haben im April ihren Höhepunkt erreicht, und die Lage hat sich in Mai und Juni etwas entspannt. Gegenwärtig scheinen bewährte Instrumente der Kurzfristprognose wenig zuverlässig. In der vorliegenden Prognose wird der Zusammenhang zwischen dem Grad und der Dauer der Restriktionsmaßnahmen in Deutschland und anderen europäischen Ländern und den Rückgängen in der Produktion der einzelnen Wirtschaftszweige im April herangezogen, um die wirtschaftliche Aktivität im zweiten Quartal abzuschätzen. Darüber hinaus wird berücksichtigt, dass die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe (insbesondere im Fahrzeugbau) im zweiten Quartal noch deutlich unter der in den ersten drei Monaten des Jahres liegen dürfte, weil die

internationale Nachfrage sehr schwach ist. Auf dieser Grundlage ergibt sich ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal 2020 um 8,9% (vgl. Tabelle A5). Für die Prognose des weiteren Konjunkturverlaufs wird unterstellt, dass der Epidemieverlauf in Deutschland weiterhin unter Kontrolle bleibt und die Zahl der aktiven Coronafälle im zweiten Halbjahr 2020 und im Jahr 2021 etwa so hoch bleibt wie in der zweiten Maihälfte. Das bedeutet etwa 550 Neuinfektionen pro Tag. Es kommt demnach zu keinem erneuten landesweiten Ausbruch, das Risiko einer zweiten Welle belastet aber das wirtschaftliche Leben weiterhin. Unter dieser Annahme erholt sich die Konjunktur, allerdings aufgrund der bleibenden Verunsicherung recht zögerlich. Zudem wird unterstellt, dass die Pandemie in wichtigen Abnehmerländern, insbesondere in den USA, aber auch in Schwellenländern wie Russland, das Wirtschaftsleben noch bis ins Frühjahr 2021 hinein stark behindert. Ein kräftiger Aufschwung der deutschen Exportwirtschaft ist unter diesen Voraussetzungen vorerst nicht zu erwarten. Die Baukonjunktur dürfte dagegen kräftig bleiben, denn die Finanzierungskonditionen sind weiterhin günstig und Wohnraum in Ballungszentren ist nach wie vor knapp. Auch stützt die Wirtschaftspolitik: Bereits im März wurde ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds ins Leben gerufen, der staatliche Kredite und Bürgschaften für Unternehmen sowie staatliche Unternehmensbeteiligungen in Aussicht stellt. Die Staatsnachfrage steigt kräftig, die Einkommen der privaten Haushalte profitieren von den Konjunkturpaketen, und öffentliche Unternehmenshilfen halten die Zahl der Insolvenzen und dadurch bedingte Arbeitsplatzverluste bislang in Grenzen. Anfang Juni hat die Regierungskoalition ein umfangreiches Konjunkturpaket vorgelegt, von dem sie sich erhofft, unter anderem den privaten Konsum anzukurbeln. Die konjunkturstabilisierende Wirkung des Pakets dürfte jedoch gering ausfallen. Es dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr

Abbildung 5**Prognoseunsicherheit¹**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

um jeweils knapp 30 Mrd. Euro bzw. 0,9% und 0,8% stützen; der Effekt ist damit geringer als der nominale Mittelaufwand (vgl. Kasten 1). Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,1% sinken (vgl. Tabelle A6) und damit deutlich stärker als in der IWH-Frühjahrsprognose erwartet. Bereinigt um die Mehrzahl an Arbeitstagen, die 2020 anfallen, ergibt sich eine Rate von 5,5% (vgl. Tabelle A7). Die allmähliche wirtschaftliche Erholung schlägt sich im Jahr 2021 in einem Zuwachs der Produktion von 3,2% nieder (vgl. Abbildung A3), d. h. das wirtschaftliche Aktivitätsniveau von vor der Krise dürfte auch im Jahr 2021 noch nicht wieder erreicht werden, und die Kapazitäten bleiben unterausgelastet. Auch das Produktionspotenzial wächst langsamer als zuvor (vgl. Kasten 2). Für das Jahr 2020 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von -5,7% bis -4,4%, für das Jahr 2021 von 1,6% bis 4,9%. (vgl. Abbildung 5). Diese Prognoseintervalle sind aus den Prognose-

fehlern früherer Jahre abgeleitet. Ihre Aussagekraft ist angesichts der in der jüngeren Vergangenheit präzedenzlosen aktuellen Situation eingeschränkt.

Die Arbeitslosenquote steigt in diesem Jahr deutlich, von 5,0% im Jahr 2019 auf 6,3%. Im Jahr 2021 dürfte sie auf 6,4% steigen. Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2020 um nur 0,4% höher liegen als im Vorjahr, im Jahr darauf um 1,7%: Zwar erhöhen derzeit etliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung die Produktionskosten, etwa in der Gastronomie und im Einzelhandel, stärker ins Gewicht fällt aber, dass die Energiepreise deutlich unter ihrem Vorjahresniveau liegen, und dass der reguläre Mehrwertsteuersatz für die zweite Jahres-

hälfte um drei und der ermäßigte Satz um zwei Prozentpunkte gesenkt werden. Die stark expansive Finanzpolitik lässt zusammen mit dem Einbruch der Produktion den gesamtsstaatlichen Finanzierungssaldo im Jahr 2020 auf –221 Mrd. Euro bzw. –6,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sinken, im Jahr 2021 dürfte die Defizitquote bei –3,0% liegen. Der Bruttoschuldenstand steigt von 59,8% im Jahr 2019 auf 77% im Jahr 2020; im Jahr 2021 geht er leicht auf 76% zurück.

Kasten 1

Zu den Effekten des Konjunkturpakets

Zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Shutdowns zur Eindämmung der Corona-Epidemie in Deutschland hat der Staat eine Vielzahl finanzpolitischer Maßnahmen ergriffen. Während den Unternehmen zunächst steuerliche Liquiditätshilfen, Zuschuss- und Kreditprogramme sowie staatliche Bürgschaften gewährt und staatliche Beteiligungen in Aussicht gestellt wurden, wurde am 3. Juni 2020 ein Konjunkturprogramm im Umfang von ungefähr 130 Mrd. Euro auf den Weg gebracht, das ab dem 2. Halbjahr 2020 die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland wieder anregen soll. Wesentliches Element des Programms sind steuerliche Maßnahmen, insbesondere die befristete Absenkung der Mehrwertsteuersätze im 2. Halbjahr 2020. Darüber hinaus umfasst das Programm direkte Zuschüsse an und Fördermittel für Unternehmen, investive Maßnahmen sowie einen Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (vgl. Tabelle 1). Im Folgenden wird untersucht, welche makroökonomischen Effekte kurz- und mittelfristig zu erwarten sind. Hierfür kommt das finanzpolitische Simulationsmodell des IWH zum Einsatz.^{K1.1} Dieses ist ein dynamisches allgemeines Gleichgewichtsmodell, das auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite jeweils drei verschiedene finanzpolitische Variablen berücksichtigt. In dem Modell werden liquiditätsbeschränkte Haushalte berücksichtigt, die keine Möglichkeit haben, Ersparnisse zu bilden und auf solche zurückzugreifen. Zudem wird die Produktion von Gütern durch staatliche Investitionen und den dadurch gebildeten öffentlichen Kapitalstock positiv beeinflusst.

Tabelle K1

Makroökonomische Effekte des Konjunkturpakets

	Insgesamt	Nur MwSt	Nur Kinderbonus
Bruttoinlandsprodukt^a			
2020	29,0	16,7	3,2
2021	28,7	4,5	–0,5
2022	14,0	0,6	–0,3
2023	10,6	0,0	–0,1
2024	10,2	–0,1	–0,1
Privater Konsum^a			
2020	21,3	17,0	2,2
2021	6,8	1,6	–0,4
2022	0,8	–1,0	–0,1
2023	2,4	–0,3	0,0
2024	4,0	0,0	0,0
Multiplikator^b			
2020 Q3	0,52	0,59	0,90
2020 Q4	0,59	0,65	0,92
2021 Q4	0,66	0,82	0,79
2022 Q4	0,66	0,85	0,70
2023 Q4	0,69	0,85	0,67
2024 Q4	0,74	0,84	0,65

^a Abweichung vom Basisszenario ohne Konjunkturpaket in Mrd. Euro (preisbereinigt). – ^b Kumulierte diskontierte Effekte auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen auf die kumulierten diskontierten finanzpolitischen Maßnahmen. Ein Multiplikator kleiner 1 bedeutet, dass die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts geringer ausfällt als der öffentliche Mitteleinsatz.

Quelle: Berechnungen des IWH.

^{K1.1} Vgl. Drygalla, A.; Holtemöller, O.; Kiesel, K.: The Effects of Fiscal Policy in an Estimated DSGE Model – The Case of the German Stimulus Packages During the Great Recession, in: [Macroeconomic Dynamics 1–31, 2018](#).

Nicht berücksichtigt werden Maßnahmen, die innerstaatliche Transfers darstellen, weil der öffentliche Sektor als Gesamtstaat modelliert ist.

Auch die Überbrückungshilfen inklusive der nicht ausgeschöpften Mittel aus dem bestehendem Programm bleiben unberücksichtigt. Die betrachteten Maßnahmen summieren sich auf etwa 87 Mrd. Euro bis Ende 2021. Zusätzlich zur Analyse der Wirkung aller betrachteten Maßnahmen, werden die Effekte der zwei in der kurzen Frist größten Posten, die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer und der Kinderbonus, getrennt ausgewiesen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Maßnahmen des Konjunkturpakets das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr um jeweils knapp 30 Mrd. Euro erhöhen (vgl. Tabelle K1). In den Folgejahren sind die Effekte deutlich geringer. Im laufenden Jahr geht dieser Effekt vor allem auf höhere Konsumausgaben zurück, die begünstigt durch die zwischenzeitliche Mehrwertsteuersenkung und Transferzahlungen an private Haushalte steigen.

Vergleicht man die Effekte mit den eingesetzten Mitteln, erscheinen sie jedoch als gering. Die Multiplikatoren, welche die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Relation zu den jeweiligen finanzpolitischen Impulsen setzen, liegen sowohl in der kurzen als auch in der mittleren Frist unter eins. Am größten ist der Multiplikator noch für den Kinderbonus, weil diese Transferzahlung in dem Modell zu einem großen Teil liquiditätsbeschränkten Haushalten zu Gute kommt. Diese verwenden die zusätzlichen Einkünfte nicht für Ersparnisse, sondern vollumfänglich für zusätzliche Konsumausgaben. Geringer ist der Multiplikator für die Senkung der Mehrwertsteuer. Der damit verbundene Kaufkraftzuwachs wird nicht vollständig zu Konsumzwecken genutzt, sondern von den Haushalten teilweise gespart. Auch die ange-dachten Steuersenkungen, Erleichterungen und Zuschüsse für Unternehmen werden von diesen nicht in vollem Umfang für Mehrausgaben verwendet. Die im Konjunkturpaket enthaltenen öffentlichen Investitionen werden zwar direkt nachfragewirksam. Ihre volle Wirkung, über einen produktiven öffentlichen Kapitalstock, entfalten sie allerdings erst mit einiger Verzögerung, so dass die von ihnen ausgehenden Effekte kurzfristig moderat sind. Der Umfang öffentlicher Konsumausgaben, von denen Simulationen zufolge die größten stimulierenden Effekte für die Konjunktur ausgehen, ist in dem Konjunkturpaket hingegen gering.

Das zentrale **Risiko** für die Konjunktur in Deutschland bleibt das Pandemiegeschehen: Nach der vorliegenden Prognose erholt sich die Nachfrage in Deutschland und aus dem Ausland ab diesem Sommer, weil die Restriktionen zur Pandemiebekämpfung schrittweise gelockert werden. Allerdings könnte die schrittweise Aufhebung von Restriktionen einen deutlichen erneuten Anstieg der Infektionszahlen nach sich ziehen, insbesondere in jenen Ländern wie den USA, wo sie überhaupt noch nicht deutlich gefallen sind. In der ganzen nördlichen Hemisphäre könnte die Pandemie auch mit der kälteren Witterung im Herbst wieder anziehen. Eine dadurch ausgelöste Verunsicherung von Haushalten und Unternehmen würde der hier prognostizierten Erholung der Nachfrage im Weg stehen. Es besteht dann die Gefahr, dass es zu einem weiteren starken Einbruch der Produktion kommt. Ferner gehen von den Shutdown-Maßnahmen erhebliche Risiken für die Unternehmen aus, denn dem wegfallenden Umsatz stehen weiter anfallende Kosten, u.a. für Kreditzinsen, gegenüber. Eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen kann dadurch in eine finanzielle Schieflage geraten.²

Bedeutend sind auch die Risiken, die darüber hinaus von der Pandemie für das Güterangebot ausgehen. Denn es ist derzeit denkbar, dass Teile des Kapitalstocks dauerhaft entwertet werden, weil sie auf ein gesellschaftliches Leben ohne große Infektionsrisiken zugeschnitten sind. Ähnliches gilt für unternehmensspezifische Fähigkeiten und Kenntnisse von Beschäftigten. Auch ist nicht absehbar, was die Einschränkungen des physischen Zusammentreffens von Menschen für die gesamtwirtschaftliche Produktivität bedeuten. Einerseits hatte die Globalisierung von Produktionsverflechtungen in den vergangenen Jahrzehnten auch eine höhere Mobilität

² Vgl. zum Insolvenzrisiko der Unternehmen im Shutdown *Holtemöller, O.; Muradoglu, Y. G.*: Corona Shutdown and Bankruptcy Risk. IWH Online 3/2020, im Erscheinen.

der Arbeitskräfte mit sich gebracht, sei es in Form von kurzen Geschäftsreisen oder längeren Auslandsaufenthalten. Andererseits besteht die Chance, dass unter dem Druck der gegenwärtigen Beschränkungen Fortschritte in der Digitalisierung schneller zur Geltung kommen als bislang abzusehen war.

Auch sind die schon vor der Corona-Krise bestehenden Risiken für den internationalen Handel nicht geringer geworden: Die Spannungen zwischen den USA und China haben zuletzt zugenommen, etwa mit der Ankündigung der US-Regierung vom Mai, Hongkong die beim zwischenstaatlichen Handel gewährten Vergünstigungen zu entziehen. Aus deutscher Sicht ebenso gravierend ist, dass es Ende des Jahres 2020 doch noch zu einem harten Brexit kommen könnte, wenn nämlich die Übergangsphase, in der Großbritannien de facto Teil des EU-Wirtschaftsraums bleibt, endet, ohne dass ein Handelsabkommen zwischen dem Land und der EU geschlossen worden ist. Ob in diesem Fall, wie in dieser Prognose unterstellt, pragmatische Regelungen gefunden werden, die eine Fortsetzung der meisten wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen ermöglichen, ist nicht ausgemacht.

Kasten 2:

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Die Corona-Pandemie führt auch diesbezüglich zu einer erhöhten Unsicherheit, da die langfristigen Folgen für das Potenzialwachstum zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen sind. Unter der Annahme, dass der gegenwärtige Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in Folge der Pandemie nur eine temporäre Unterlastung der Produktionskapazitäten darstellt, kann von einer geringen Auswirkung der Pandemie auf das Produktionspotenzial ausgegangen werden. Sollte es jedoch zu einer länger andauernden Rezession und strukturellen Veränderungen beim Einsatz der Produktionsfaktoren kommen, so ist ein nachhaltig gedämpftes Produktionspotenzial zu erwarten. Die EU-Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose vom Mai 2020 von einem weitgehend temporären Effekt der Pandemie und einer relativ schnellen wirtschaftlichen Erholung aus. Entsprechend dieser Annahme sind von der Kommission geringfügige Änderungen an der Methode vorgenommen worden: Zum einen wird bei der Zerlegung der totalen Faktorproduktivität (TFP) in eine Trend- und eine zyklische Komponente der zu erwartende starke Rückgang der Kapazitätsauslastung im laufenden Jahr berücksichtigt. Zum anderen wird durch eine Anpassung des Fortschreibungsmodells verhindert, dass sich der temporär starke Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit im Jahr 2020 methodenbedingt in der Projektion der Trendarbeitszeit niederschlägt. Diese Änderungen stehen im Einklang mit der dieser Prognose zu Grunde liegenden Annahme einer kurzfristig beginnenden Erholung und werden daher übernommen.

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent^a

	1996-2019 ^b	1996-2019	2019-2024
Produktionspotenzial	1,4	1,3	1,0
Kapitalstock	1,6 (0,5)	1,6 (0,5)	1,2 (0,4)
Solow-Residuum	0,6 (0,6)	0,6 (0,6)	0,5 (0,5)
Arbeitsvolumen	0,4 (0,2)	0,3 (0,2)	0 (0,0)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	0,1
Partizipationsquote	0,6	0,5	0,1
Erwerbsquote	0,3	0,2	-0,1
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,4	-0,1
Nachrichtlich:			
Arbeitsproduktivität	1,1	1,1	1,0

^a Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ^b Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

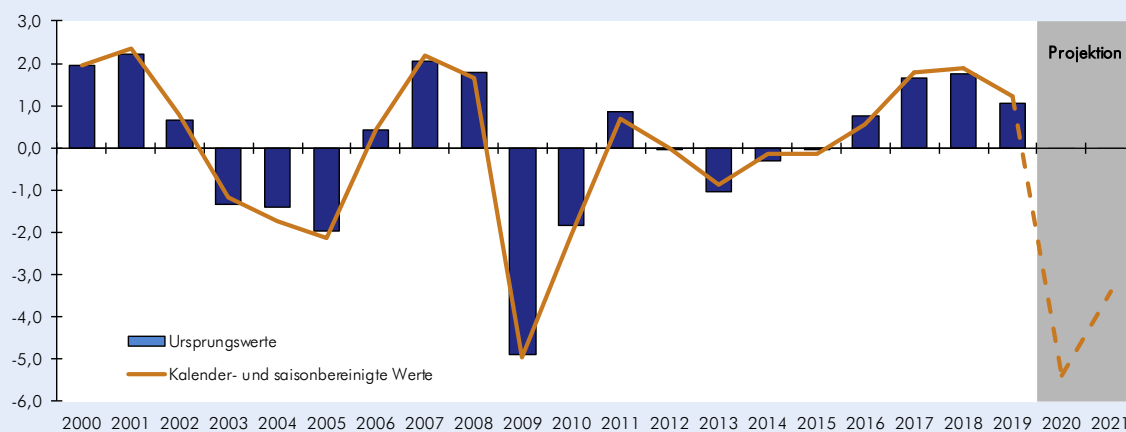
Im Unterschied zur Prognose der EU-Kommission wird in dieser Prognose von einem vergleichsweise starken Anstieg der Erwerbslosenquote und einem deutlichen Rückgang der Partizipationsquote in diesem

Jahr ausgegangen. Daher ist hier auch die Methode zur Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (NAWRU) und der trendmäßigen Partizipationsquote dahingehend angepasst, dass die temporären Effekte in den Jahren 2020 und 2021 zu keiner gravierenden Abweichung des Trendverlaufs im Vergleich zur IWH-Frühjahrsprognose 2020 führen. Unter Berücksichtigung der genannten Änderungen ergibt sich für den Zeitraum 2020 bis 2024 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1% (vgl. Tabelle K2).

Die jährliche Veränderungsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,4% im Jahr 2020 auf –0,4% im Jahr 2024 deutlich zurückgehen. Damit wird vom Arbeitsvolumen für den gesamten Projektionszeitraum (2020 bis 2024) kein nennenswerter Beitrag zum Potenzialwachstum ausgehen. Dieser Schätzung liegen im Einzelnen folgende Projektionen zu Grunde: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) wird von durchschnittlich 62,4 Millionen Personen im Jahr 2020 zunächst weiter auf 62,6 Millionen Personen bis zum Jahr 2022 ansteigen. Der Anstieg bis zum Jahre 2022 wird gestützt von einem Wanderungssaldo, der im Jahr 2020 gemäß Vorausberechnung noch 341 000 Personen umfasst und dann auf 251 000 Personen im Jahr 2024 absinken wird.^{K2.1} Ab dem Jahr 2023 überwiegt der durch die Altersstruktur der Bevölkerung bedingte Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter, sodass im Jahr 2024 von dann nur noch 62,5 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter ausgegangen wird.

Abbildung K2
Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Unter der Annahme einer sich deutlich abgeschwächt fortsetzenden weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen wird die trendmäßige Partizipationsquote von knapp 74,7% im Jahr 2020 auf 74,9% im Jahr 2024 nur noch leicht ansteigen. Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2024 mit 3,6% geringfügig höher liegen als im Jahr 2020 (3,3%). Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird sich abgeschwächt fortsetzen.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,2% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,5% betragen. Hierbei wird, wie auch bei den zuvor beschriebenen Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials davon ausgegangen, dass es keinen durch die Corona-Pandemie bedingten Bruch in der Trendfortschreibung gibt. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich für die Jahre 2020 und 2021 eine Produktionslücke von –5,2% und –3,2% (vgl. Abbildung K2).

^{K2.1} Die Projektion der Bevölkerungsentwicklung beruht auf der Variante G2-L2-W2 der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts. Damit ist die Annahme verbunden, dass die in der ersten Jahreshälfte 2020 aufgrund der Corona-Pandemie ausgebliebene Zuwanderung zumindest teilweise in der zweiten Jahreshälfte 2020 nachgeholt wird.

In **Ostdeutschland** dürfte der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie etwas schwächer ausfallen als in Deutschland insgesamt. Dazu trägt bei, dass die Infektionszahlen hier deutlich niedriger sind als im Westen. Wohl auch deshalb schätzt der ostdeutsche Einzelhandel laut ifo Konjunkturklima seine Lage gegenwärtig nicht ganz so schlecht wie der gesamtdeutsche ein. Hinzu kommt, dass die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im Frühjahr eine Kapazitätsauslastung angegeben haben, die zwar niedrig, aber deutlich höher als in Deutschland insgesamt ist. Hier könnte eine Rolle spielen, dass ostdeutsche Unternehmen stärker als Unternehmen im Westen Deutschlands für den Binnenmarkt produzieren, welcher in Abschwüngen generell stabiler ist als die Exportmärkte. Schließlich ist die ostdeutsche Wirtschaft auch deshalb weniger konjunkturanfällig als die im Westen, weil das vom Einbruch besonders betroffene Verarbeitende Gewerbe hier mit etwa 16% ein geringeres Gewicht als in Deutschland insgesamt (23%) hat. Eine größere Rolle mit einem Anteil von 25% spielen im Osten die öffentlichen Dienstleister, deren Produktion recht stabil bleiben dürfte (Anteil in Deutschland insgesamt: 18%).

Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2020 um 3,2% sinken (Deutschland insgesamt –5,1%). Für das Jahr 2021 wird mit einer Expansion von 2,4% gerechnet. Die Arbeitslosigkeit steigt von 6,4% im Jahr 2019 auf 7,8% in diesem Jahr und 7,9% im Jahr 2021.³

Überprüfung der Prognose für das erste Quartal 2020 und Anpassung der Prognose für 2020

Das IWH hat in seiner Frühjahrsprognose, die am 12. März 2020 und damit noch vor den staatlichen Eindämmungsmaßnahmen veröffentlicht worden war, eine Stagnation des Bruttoinlandsproduktes im ersten Quartal erwartet.⁴ Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Ergebnissen ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2020 um 2,2% zurückgegangen. Bedingt durch die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen konsumierten die privaten Haushalte im ersten Quartal 2020 deutlich weniger als im Vorquartal. Die Ausrüstungsinvestitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge gingen fast um 7% zurück. Demnach wurde der private Konsum um 2,5 Prozentpunkte und die Ausrüstungen um 7,4 Prozentpunkte überschätzt. Auch die außenwirtschaftliche Entwicklung war im ersten Quartal 2020 rückläufig, so dass sowohl Exporte als auch Importe deutlich überschätzt wurden (um 2,9 bzw. 2,1 Prozentpunkte). Die Bauinvestitionen wirkten hingegen positiv auf die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und wurden deutlich unterschätzt (um 3,2 Prozentpunkte).

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts gab es im 1. Quartal 2020 gegenüber dem Vorquartal in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedliche Entwicklungen. Insgesamt wurde der Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 2 Prozentpunkte unterschätzt. Im Verarbeitenden Gewerbe setzte sich die Abwärtsbewegung des vergangenen Jahres fort. Die Produktion wurde um 4,5 Prozentpunkte überschätzt. Auch der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (–3,4%) war rückläufig, dabei insbesondere das Gastgewerbe mit –12%. Dagegen gab es im Baugewerbe ein kräftiges Plus gegenüber dem Vorquartal von 2,1%.

Nach der hier vorliegenden Prognose dürfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,1% zurückgehen. In der IWH-Prognose vom 12. März 2020 wurde noch ein Zuwachs von 0,6% prognostiziert, wenngleich in einer Szenarienbetrachtung auch deutliche Rückgänge skizziert wurden.⁵ Die Prognosekorrektur für das Gesamtjahr ergibt sich aus einem Drittel durch Prognosefehler für das erste Quartal und zwei Drittel aus

³ In Ostdeutschland stieg die Arbeitslosenquote zuletzt schneller als in Westdeutschland: So nahm sie in Ostdeutschland saisonbereinigt zwischen März und Mai 2020 um 1,8 Prozentpunkte zu, in Westdeutschland waren es lediglich 1,2. Die höchsten Anstiege in Ostdeutschland gab es in Berlin (2,3 Prozentpunkte), Mecklenburg-Vorpommern (1,9 Prozentpunkte) und Sachsen-Anhalt (1,7 Prozentpunkte). Die drei anderen ostdeutschen Länder bewegen sich in der Größenordnung von Deutschland insgesamt. Für die starke Zunahme in Berlin dürfte vermutlich das überdurchschnittlich hohe Gewicht des Dienstleistungsbereichs entscheidend gewesen sein. In Mecklenburg-Vorpommern dürfte der starke Rückgang im Tourismussektor maßgeblich gewesen sein.

⁴ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 8 (1), 2020, 72-92.

⁵ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Kasten 3 – Die Corona-Epidemie als Risiko für die deutsche Konjunktur*, in: *Konjunktur aktuell*, a. a. O., 81.

Prognoseanpassung für die restlichen Quartale. Im Vergleich zu vergangenen IWH-Prognosen im Frühjahr ist der aus heutiger Sicht zu erwartende Prognosefehler mit –5,7 Prozentpunkten weit überdurchschnittlich (vgl. Tabelle 1).

Der Fehler geht in erster Linie auf die im Nachhinein nicht bestätigte Einschätzung zurück, dass die Pandemie in den weltwirtschaftlichen Zentren ähnlich wie in China und Südkorea rasch eingedämmt werden könnte. Die in Deutschland wenige Tage nach Veröffentlichung der IWH-Frühjahrsprognose beschlossenen Shutdown-Maßnahmen wurden nicht antizipiert. Vor allem deshalb wurde aus heutiger Sicht insbesondere der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe und im Gastgewerbe unterschätzt.

Tabelle 1**Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2020**

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Frühjahrsprognose 2020		IWH Sommerprognose 2020		Prognosekorrektur für 2020	
	Prognosewerte für 2020		Prognosewerte für 2020		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. gg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	1,3	1,2	–1,3	–1,3	–2,6	–2,5
Privater Konsum	0,6	0,3	–5,1	–2,7	–5,7	–3,0
Staatlicher Konsum	2,5	0,5	1,9	0,4	–0,6	–0,1
Bauten	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9	2,9
Vorratsveränderungen	–	–	–	–	–	–
Außenbeitrag	–	1,3	–	1,3	–	1,3
Ausfuhr	0,6	0,3	–11,8	–5,6	–12,4	–5,9
Einfuhr	2,2	–0,9	–4,2	1,7	–6,4	2,6
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	–5,1	–5,1	–5,7	–5,7
<i>Nachrichtlich:</i>						
Bruttoinlandsprodukt USA	1,7	–	–5,2	–	–6,9	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,4	–	–8,0	–	–8,4	–
Welthandel	0,0	–	–8,5	–	–8,5	–
Verbraucherpreise	1,2	–	0,4	–	–0,8	–

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Die Korrektur ist auch verbunden mit der Fehleinschätzung der weiteren Dynamik des Welthandels: so wurde in der Prognose im März 2020 angenommen, dass der Welthandel nach einem Einbruch im ersten Quartal im weiteren Jahresverlauf wieder deutlich zunimmt. Unter dieser Annahme hätten sich die deutschen Ausfuhren deutlich stärker erholt, was zu größeren Produktionsausweitungen geführt hätte. Die Fehleinschätzung des Außenhandels trägt zur Prognosekorrektur des Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts 3,2 Prozentpunkte bei.

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der **Preis für Öl** der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2020 bei 40 und im Jahr 2021 bei 46 US-Dollar pro Barrel. Der **Wechselkurs des Euro** gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2020 bei 1,11 Dollar pro Euro. Die **preisliche Wettbewerbsfähigkeit** der deutschen Wirtschaft bleibt ungefähr so hoch wie im Winterhalbjahr 2019/2020. Gegenüber dem übrigen Euroraum wird sie etwas geringer. Der **Welthandel** mit Waren (CPB) schrumpft im Jahr 2020 um 8,5%; im Jahr 2021 steigt er um 6%. Die Europäische Zentralbank (EZB) lässt ihren Einlagezinssatz in diesem und im nächsten Jahr bei –0,5% und sorgt darüber hinaus weiterhin mittels längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte und Anleihekäufe dafür, dass die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum weiterhin günstig bleiben.

Es wird unterstellt, dass die Übergangsphase für den **Austritt Großbritanniens** aus der Europäischen Union Ende 2020 ausläuft, ohne dass eine vertragliche Anschlussregelung gefunden wird, dass aber pragmatische Regelungen eine Fortsetzung der dringlichsten wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen ermöglichen und auch der europäische Finanzsektor stabil bleibt.

Bund und Länder haben umfangreiche **finanzpolitische Maßnahmen** ergriffen, um die Folgen der Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivität im Zuge der Corona-Epidemie für private Haushalte und Unternehmen abzumildern. So gewährt der Bund direkte Hilfen, Zuschüsse und Entlastungen, etwa in Form der Zuschüsse an Soloselbstständige und Kleinstbetriebe, steuerlicher Liquiditätshilfen oder in Form von Beschaffungen für und finanzieller Unterstützung des Gesundheitssektors. Diese werden flankiert durch umfangreiche zusätzliche Maßnahmen der Bundesländer in Form von Soforthilfen, Zuschüssen und zusätzlichen Ausgaben im Gesundheitswesen.

Tabelle 2**Finanzpolitische Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie**

Belastungen (–) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021
Maßnahmen, die den Finanzierungssaldo unmittelbar berühren		
Bund		
Staatliche Beschaffung von Schutzprodukten und Atemgeräten	–7,8	7,8
Krankenhausesentlastungsgesetz	–3,0	3,0
Solidaritätsfonds: Zuschüsse für Soloselbstständige und Kleinstbetriebe	–50,0	50,0
Sozialschutzpaket I	–11,0	5,0
Unterstützung des Homeschooling	–0,5	0,5
Zusätzliche Mittel für die Erprobung und Herstellung eines Impfstoffs,	–0,5	–0,25
Lohnfortzahlung für Eltern wegen privater Kinderbetreuung	–4,0	4,0
Eigenkapitalerhöhung Deutsche Bahn	–8,0	8,0
<u>Konjunkturpaket:</u>		
investive Maßnahmen	–4,0	–11,6
direkte Förderungen und Zuschüsse	–13,1	–9,8
steuerliche Maßnahmen	–34,5	29,2
Maßnahmen im Gesundheitswesen	–2,3	–0,3
<u>Nachrichtlich:</u>		
Überbrückungshilfen ^a	–25,0	25,0
Zuweisungen des Bundes an Länder und Kommunen	–22,5	6,0
Länder		
Globale Mehrausgaben	–32,6	32,6
Aufstockung Pflegebonus	–0,5	0,5
Bund, Länder und Gemeinden		
Steuerliche Liquiditätshilfen	–20,2	15,3
Sozialversicherungen		
Pflegebonus	–1,0	1,0
Sozialschutzpaket II	–2,0	1,5
Krankenhausesentlastungsgesetz	–1,2	–1,2
Erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld	–4,5	4,5
Summe	–200,7	139,8
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	–6,1	4,0
Kredit- und Beteiligungsprogramme, Bürgschaften		
Bund		
Kredit-Bazooka	–553,0	
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Kredite	–100,0	
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Garantien und Bürgschaften	–100,0	
Wirtschaftsstabilisierungsfonds: Beteiligungen	–100,0	
100% Kreditgarantie für KfW-Schnellkredit	–100,0	
Garantien für Entschädigungszahlungen der Kreditversicherer	–30,0	
Maßnahmenpaket für Start-Ups und kleine Mittelständler	–2,0	
Erweiterung der Exportkreditgarantien	–12,0	
KfW-Kredite für Studierende	–0,8	
Eigenkapitalerhöhung Deutsche Bahn	–8,0	
Länder		
Kredite und Bürgschaften	–112,0	

^a Finanziert aus nicht abgerufenen Mitteln aus dem Solidaritätsfonds.

Quellen: Finanzministerien der Länder; Bundesministerium der Finanzen; Bundesministerium für Gesundheit; Berechnungen des IWH.

Darüber hinaus wurden sozialpolitische Maßnahmen ergriffen, etwa der erleichterte Bezug und die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes oder die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, die zu Mehrausgaben bei den Sozialversicherungen führen. Aus dem Anfang Juni 2020 vorgelegten Konjunkturpaket ergeben sich zusätzliche Mehrausgaben insbesondere in Form direkter Förderungen und Zuschüsse und zusätzlicher investiver Ausgaben sowie Mindereinnahmen infolge von Steuererleichterungen. Das Volumen der infolge der Corona-Pandemie ergriffenen, direkt einnahme- und ausgabewirksamen Maßnahmen beläuft sich im Jahr 2020 auf über 200 Mrd. Euro bzw. 6,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 2).⁶

Zudem haben Bund und Länder umfangreiche Kredit-, Bürgschafts- und Beteiligungsprogramme aufgelegt oder erweitert, der Bund etwa die Kredit-Bazooka, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds oder den KfW-Schnellkredit. Der dafür insgesamt zur Verfügung stehende finanzielle Rahmen beläuft sich auf ungefähr 1,4 Billionen Euro.⁷ Auch die nicht im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehenden finanzpolitischen Maßnahmen wirken im Jahr 2020 expansiv, insbesondere aufgrund von Entlastungen bei der Einkommensteuer und zusätzlicher investiver Ausgaben. Der finanzpolitische Impuls dieser diskretionären Maßnahmen beläuft sich auf 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A13).

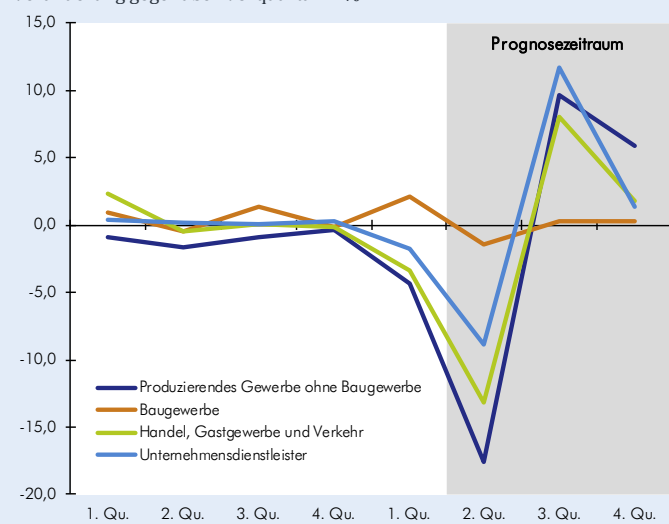
Im Jahr 2021 geht von den diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen, die nicht im Zusammenhang mit der Eindämmung der Corona-Pandemie stehen, erneut ein Impuls in Höhe von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aus. Stimulierend wirken vor allem der Abbau des Solidaritätszuschlags und weitere steuerliche Maßnahmen, die Erhöhung des Kindergeldes sowie die Senkung der EEG-Umlage. Dämpfend wirkt hingegen die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, die annahmegemäß zum Großteil auf das laufende Jahr beschränkt sind, entfallen dagegen im Jahr 2021 nahezu vollständig.

Die Entwicklung im Einzelnen

Im ersten Quartal 2020 ging die Produktion um 2,2% zurück (vgl. Abbildung 6 und Tabelle A12). Dahinter stehen jedoch teils gegenläufige Entwicklungen in den einzelnen Bereichen: Vor allem das Baugewerbe legte mit 2% noch kräftig zu. Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen nahm die Produktion mit 4,4% deutlich ab, nachdem bereits in den vorangegangenen Quartalen Rückgänge zu verzeichnen waren. Vom Rückgang der Industrieproduktion waren auch die Unternehmensdienstleister betroffen, deren Produktion ebenfalls sank. Bedingt durch die ergriffenen Shutdown-Maßnahmen verzeichnete die Produktion im Handel, Gastgewerbe und Verkehr einen Rückgang um 3,3% (darunter -12% Gastgewerbe). Im zweiten Quartal 2020 dürfte die Produktion um 8,9% zurückgehen.⁸ Im Verarbeitenden Gewerbe wird die Wertschöpfung um gut 19% abnehmen. Aber auch in den Dienstleistungsbereichen ist mit

Abbildung 6
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

⁶ In dieser Prognose ist unterstellt, dass die bereitgestellten Soforthilfen für Unternehmen zu 80% abgerufen werden.

⁷ Bürgschaften, Kredite und Beteiligungen schlagen sich kurzfristig jedoch nicht im gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo nieder. Bürgschaften werden nur dann defizitwirksam, wenn sie fällig werden, Kredite erst dann, wenn sie ausfallen und Beteiligungen nur, wenn der Beteiligungserwerb mit Gewinnen oder Verlusten einhergeht.

⁸ Die Prognose der Bruttowertschöpfung der Hauptwirtschaftsbereiche basiert auf der Kombination verschiedener Ansätze: Für das laufende Quartal lassen sich aufgrund der ergriffenen Restriktionen in Deutschland sowie der bisher

einem starken Rückgang zu rechnen. Besonders gravierend ist der Rückgang im Gastgewerbe mit –32%, aber auch bei den Unternehmensdienstleistern mit gut 9%. Auch wenn die Produktion in der zweiten Jahreshälfte wieder schwach zunimmt, so ist für das Jahr 2020 insgesamt ein Rückgang der Bruttowertschöpfung um 5,0% zu erwarten. Da sich die Nettogütersteuern aufgrund rückläufiger Einnahmen bei den Verbrauchsteuern und kräftig steigender Subventionen im laufenden Jahr rückläufig entwickeln, geht das Bruttoinlandsprodukt etwas stärker zurück als die Bruttowertschöpfung.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie zeigt tiefe Spuren auf dem deutschen **Arbeitsmarkt**. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt seit März des Jahres 2020 ab. Im April betrug der Abbau saisonbereinigt bereits 271 000 Personen bzw. 0,6%. Dazu dürfte nicht nur der Rückgang der Selbstständigen und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten beigetragen haben, sondern auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte nunmehr deutlich abgenommen haben. Der Rückgang wäre noch erheblich größer, wenn die Unternehmen bzw. der Staat auf die gesunkene Arbeitsnachfrage nicht durch eine erhebliche Ausweitung von Kurzarbeit reagiert hätten. So stieg die Zahl der Kurzarbeiter von 132 000 Personen im Februar 2020 auf zwei Millionen Personen im März 2020. Dies trug maßgeblich zum Rückgang des Arbeitsvolumens bei, der bereits im ersten Quartal 2020 1,4% betrug. Die registrierte Arbeitslosigkeit stieg im April und Mai 2020 deutlich an. Dies ist nicht nur auf den unmittelbaren Arbeitsplatzabbau zurückzuführen, sondern auch auf sinkende Neueinstellungen, die geringere Entlastungswirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie durch weniger Verfügbarkeitsüberprüfungen der Bundesagentur für Arbeit.⁹

Infolge der starken Produktionsausfälle dürfte das Arbeitsvolumen im zweiten Quartal 2020 um ca. 3,3% gegenüber dem Vorquartal sinken und die Zahl der Kurzarbeiter bei reichlich 6,5 Millionen Personen liegen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird wohl um ca. eine halbe Million Personen bzw. 1,2% sinken. Davon betroffen dürften – mit Ausnahme von Beamten – alle Beschäftigungsformen sein. Im dritten Quartal des Jahres 2020 wird im Zuge der wieder stärkeren Produktion der Beschäftigungsabbau geringer werden. Die Zahl der Kurzarbeiter wird wohl abnehmen, da in vielen Dienstleistungsbereichen die wirtschaftlichen Aktivitäten schrittweise wiederaufgenommen werden. Hingegen dürfte besonders im Verarbeitenden Gewerbe infolge des schwachen internationalen Umfelds Kurzarbeit noch eine große Rolle spielen. Im Durchschnitt des Jahres 2020 dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um ca. 515 000 Personen bzw. 1,1% abnehmen. Im Jahr 2021 dürfte die Beschäftigung um ca. 290 000 Personen bzw. 0,6% sinken. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird zunächst weiter zunehmen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahr 2020 6,3% und im Jahr darauf 6,4% betragen.

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wird auch die **Löhne** unter Druck setzen. Während Tarifverhandlungen in von der Krise weniger betroffenen Branchen wie Energiewirtschaft und Bauhauptgewerbe fortgesetzt oder abgeschlossen wurden, werden sie in anderen Wirtschaftszweigen verschoben. Allerdings haben die Tarifparteien in einer Reihe von Branchen erst einmal vereinbart, das Kurzarbeitergeld aufzustocken. Hatten die Tariflöhne im vergangenen Jahr noch um 3,1% zugenommen, dürfte der Anstieg im Jahr 2020 bei 1,9% und im Jahr 2021 bei 1,6% liegen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sinken in diesem Jahr um 0,5%, denn Kurzarbeitergeld fällt in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unter die monetären Sozialleistungen und nicht unter die Löhne. Die Stundenlöhne und damit auch die Lohnstückkosten steigen hingegen deutlich durch den Abbau von Überstunden auf den Arbeitszeitkonten. Mit dem Rückgang der Kurzarbeit im nächsten Jahr nehmen dann auch die Löhne wieder zu. Schlägt man hypothetisch die Lohnabzüge infolge der Kurzarbeit den Effektivverdiensten zu, würde dies zu einem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer von 1,4% im Jahr 2020 führen. Auch die Lohnquote wird durch das Kurzarbeitergeld verzerrt. Dem Abschlag in diesem Jahr folgt ein deutlicher Anstieg im Jahr 2021. Hinzukommt, dass die Corona-Subventionen für Unternehmen und die starken Schwankungen der Produktions- und Importabgaben aufgrund der befristeten Mehrwertsteuersenkung das Volkseinkommen im Vergleich zum Bruttonationaleinkommen im Jahr 2020 deutlich erhöht und danach überproportional sinken lassen.

verfügbaren Produktionszahlen Prognosen ableiten. Für die anschließenden Quartale des ersten Prognosejahres erfolgt die Schätzung mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell des IWH.

⁹ Vgl. *Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt– Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt*, Nürnberg, Mai 2020, 12 f.

Der **Außenhandel** ist infolge der Pandemie drastisch eingebrochen. Dabei spielen neben Nachfragerückgängen im In- und Ausland auch Störungen von Lieferketten und arbeitsunfähigkeitsbedingte Produktionsausfälle eine Rolle. Die Exporte dürften im zweiten Quartal um 20,2% einbrechen, nach einem Rückgang von 3,1% zu Beginn des Jahres. Im März und vor allem im April gingen die Exporte in alle Regionen zurück, am stärksten in die Länder des Euroraums. Die ifo Exporterwartungen waren im März so pessimistisch wie zuletzt zur Zeit der Finanzkrise. Auch weil sie im April ein wenig freundlicher ausfielen, ist für das dritte Quartal mit einem Wiederanstieg der Ausfuhren zu rechnen. Das Ausfuhrvolumen von Ende 2019 wird allerdings im Prognosezeitraum nicht wieder erreicht werden. Die Importe sind im ersten Quartal mit 1,6% nicht so stark eingebrochen. Dabei dürften auch die merklich gesunkenen Einfuhrpreise eine Rolle gespielt haben. Für das zweite Quartal wird der erwartete Rückgang von 9,6% ebenfalls deutlich unter dem der Ausfuhren bleiben. Insgesamt werden Aus- und Einfuhren in diesem Jahr um 11,8% bzw. 4,2% sinken und im nächsten Jahr dann kräftig, mit jeweils knapp 9%, steigen. Der Leistungsbilanzsaldo geht sehr deutlich zurück: von 7,1% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 auf 3,8% in diesem Jahr. Im nächsten Jahr dürfte er wieder auf 4,2% zunehmen.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** sind schon seit Sommer 2019 rückläufig. Im ersten Quartal hat sich der Rückgang mit 6,1% deutlich verschärft, und im zweiten Quartal dürfte er noch drastischer ausfallen. Die Kapazitätsauslastung ist zuletzt in allen drei industriellen Hauptgruppen (Investitionsgüter, Vorleistungsgüter, Konsumgüter) deutlich gefallen. Ein ganz anderes Bild bieten die **Bauinvestitionen**: Öffentlicher Bau, Wirtschafts- und Wohnungsbau haben (freilich auch witterungsbedingt) im ersten Quartal deutlich zugelegt. Auch wenn die Auftragseingänge zuletzt rückläufig waren, sind sie ebenso wie die Baugenehmigungen weiterhin hoch. Insgesamt dürften die Anlageinvestitionen in diesem Jahr um 2% rückläufig sein und im Jahr 2021 um 4,7% zulegen.

Der Konsum der privaten Haushalte ist im ersten Quartal 2020 um 3,2% zurückgegangen, für das zweite Quartal ist mit einem deutlich schärferen Einbruch um 10,1% zu rechnen. Dämpfend wirkten vor allem von März bis Mai vielfältige Restriktionen von Konsum, der mit Kontaktbeschränkungen einhergeht. Die Einkommen vieler privater Haushalte bleiben zwar bisher weitgehend unverändert. In den Arbeitnehmerhaushalten kommt es durch die Kurzarbeit zwar zu Einkommensverlusten, die allerdings teilweise von den Arbeitgebern ausgeglichen werden. Die starken Rückgänge der Primäreinkommen von Selbstständigen werden zum Teil durch die Corona-Sofortmaßnahmen kompensiert. Aber in vielen Bereichen war der Konsum nur unter erschwerten Bedingungen oder gar nicht möglich. Demzufolge stieg die Sparquote stark an. Mit Lockerung der Restriktionen wird der private Konsum ab dem Sommer wieder zulegen. Die befristete Mehrwertsteuersenkung dürfte hingegen nur schwache Wirkung entfalten. In Bereichen, in denen Kontakteinschränkungen weiterhin relevant sind, werden die damit verbunden Probleme durch die niedrigere Mehrwertsteuer nicht gelöst. Am ehesten werden die Käufer und die Anbieter hochpreisiger langlebiger Konsumgüter profitieren. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die Hälfte der Mehrwertsteuersenkung an die Konsumenten weitergegeben wird. Die Verbraucherpreise steigen voraussichtlich in diesem Jahr um 0,4% und im Jahr 2021 um 1,7%.

Pandemie zieht öffentliche Haushalte ins Defizit

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird im laufenden Jahr deutlich zurückgehen und ein Minus von ungefähr 220 Mrd. Euro aufweisen. Sowohl bei der Lohnsteuer als auch bei den Sozialbeiträgen führt der Rückgang der Bruttolöhne und -gehälter zu spürbar sinkenden Einnahmen. Bei der Lohnsteuer wird, ebenso wie bei der veranlagten Einkommensteuer, der Einnahmerückgang noch durch die Verschiebung der Tarifeckwerte und die Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags verstärkt. Bei den gewinnabhängigen Steuern fällt der Einnahmerückgang noch deutlich stärker aus als bei der Lohnsteuer. Dies geht zum einen auf die einbrechenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen, zum anderen auf die liquiditätssichernden Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurück, in deren Rahmen bereits geleistete Steuervorauszahlungen erstattet, zu leistende Vorauszahlungen herabgesetzt, Steuern bis Jahresende gestundet werden können und Vollstreckungsmaßnahmen vorerst ausgesetzt werden. Auch das Umsatzsteueraufkommen wird einerseits infolge des Rückgangs der Konsumnachfrage und der Investitionen und andererseits aufgrund der Erstattung bereits geleisteter Umsatzsteuersondervorauszahlungen deutlich zurückgehen.

Die Sozialbeiträge nehmen im laufenden Jahr nur geringfügig ab. Zwar sinken Bruttolöhne und -gehälter, anders als bei den Steuern wirken hier aber diskretionäre Maßnahmen weniger einnahmемindernd. Zudem sind auf Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten, und der erneut kräftige Rentenanstieg zum 1. Juli 2020 führt zu zusätzlichen Beitragseinnahmen bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Alles in allem gehen die Einnahmen des Staates im Jahr 2020 um 5,6% zurück. Im kommenden Jahr nehmen die öffentlichen Einnahmen dann insbesondere aufgrund kräftig expandierender Steuereinnahmen um 6,2% zu. Zwar führt der Abbau des Solidaritätszuschlags zu Mindereinnahmen, neben dem Wiederanziehen der Konjunktur wirkt aber die Nachzahlung im Vorjahr gestundeter Steuern und erstatteter Vorauszahlungen einnahmesteigernd. Mehreinnahmen resultieren zudem aus der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr.

Die gesamtstaatlichen Ausgaben werden im laufenden Jahr um 11,7% zunehmen. Ausschlaggebend hierfür sind die umfangreichen finanzpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der Folgen der staatlich verordneten Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivität. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere die Zuschüsse an Soloselbstständige und Kleinstbetriebe, Maßnahmen im Gesundheitswesen, etwa direkte Hilfen für Krankenhäuser und Arztpraxen oder die Beschaffung medizinischer Ausrüstung, sowie diverse Direkthilfeprogramme seitens der Länder. Mit dem Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter und der Arbeitslosen und vor dem Hintergrund der Ausweitung diverser monetärer Sozialleistungen, etwa dem erleichterten Bezug und der Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, der verlängerten Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes oder dem erleichterten Zugang zur Grundsicherung für Selbstständige, werden die monetären Transfers im laufenden Jahr um über 11% ausgeweitet. Im Jahr 2021 dürften die öffentlichen Ausgaben mit dem Entfall Corona-bedingter Mehrausgaben leicht zurückgehen. Dies betrifft insbesondere die Subventionen (Wegfall der Zuschüsse an Soloselbstständige und Kleinstbetriebe) sowie die geleisteten Vermögenstransfers (durch wieder geringere Zuschüsse an die Deutsche Bahn und den Wegfall der Unterstützungsmaßnahmen für den Gesundheitssektor). Die monetären Sozialleistungen dürften im Jahr 2021 leicht zurückgehen. Zwar wirken die Einführung der Grundrente, die Aufstockung des Kindergeldes sowie die kräftige Rentenerhöhung zum 1. Juli 2020 ausgabensteigernd. Zum 1. Juli 2021 dürften die Renten dann aber nicht mehr steigen, und die Zahlung des (aufgestockten) Kurzarbeitergeldes läuft aus.

Tabelle 3**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

In Mrd. Euro

	2018	2019	2020	2021
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	62,4	50,4	-221,2	-105,9
– Konjunkturkomponente ^a	28,9	18,1	-90,7	-60,5
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	33,6	32,3	-130,5	-45,4
– Einmaleffekte ^b	-3,0	-0,2	-162,1	64,6
= Struktureller Finanzierungssaldo	36,5	32,6	31,6	-110,0
+ Zinsausgaben des Staates	31,7	27,6	25,2	24,2
= Struktureller Primärsaldo	68,2	60,2	56,8	-85,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	10,9	-8,1	-3,4	-142,7
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,1	0,9	1,0	-3,2
Struktureller Primärsaldo	2,0	1,8	1,7	-2,5
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,3	-0,3	-0,0	-4,2

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ^b Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten, finanzpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich im Jahr 2020 mit dem konjunkturellen Einbruch und der stark expansiv ausgerichteten Finanzpolitik auf -6,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Damit fällt der Finanzierungssaldo des Staates im laufenden Jahr um 240 Mrd. Euro geringer aus als noch im Dezember

2019 erwartet.¹⁰ Im Jahr 2021 liegt der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo bei –3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die massive Ausweitung der staatlichen Nettokreditaufnahme ist nur deshalb mit der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse vereinbar, weil diese für Notzeiten explizit Ausnahmeregelungen vorsieht (vgl. Kasten 3).

Der strukturelle Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2020 auf 1,0% und im Jahr 2021 auf –3,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle 3).¹¹ Der Schuldenstand erhöht sich, ausgehend von 59,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019, auf 76% im Jahr 2021.¹² Die Schuldenstandsquote, die als ein Indikator für die Beurteilung der Tragfähigkeit der öffentlichen Verschuldung angesehen wird,¹³ steigt auch über den Maastricht-Referenzwert. In den kommenden Jahren muss die Schuldenstandsquote gemäß den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) wieder zurückgeführt werden.

Kasten 3:

Zu den Implikationen der Schuldenregeln für die öffentlichen Finanzen während der Pandemie

Mit dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) wurden Begrenzungen der jährlichen Neuverschuldung eingeführt. Mit der Reform des SWP wurde das Ziel eines mittelfristig im Grundsatz strukturell ausgeglichenen Haushalts implementiert. Das gesamtstaatliche strukturelle Defizit soll demnach nicht höher als 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen, in Deutschland ist die strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes durch die nationale Schuldenbremse auf 0,35% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt begrenzt. Diese Grenzen dürfen nur „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“^{K3.1}, und mit Zustimmung einer Mehrheit des Bundestages überschritten werden. Zudem ist im Fall einer Überschreitung der zulässigen Nettokreditaufnahme durch den Bund in einer Notsituation ein Tilgungsplan vorzulegen, um sicherzustellen, dass die zusätzliche Verschuldung „binnen eines angemessenen Zeitraumes“ zurückgeführt wird.^{K3.2} Die mit dem Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2020 geplante Nettokreditaufnahme überschreitet die in der Schuldenbremse verankerte Regelgrenze um knapp 100 Mrd. Euro. Im Tilgungsplan ist vorgesehen, dass der die zulässige Obergrenze überschreitende Betrag in den Jahren 2023 bis 2042 zu je einem Zwanzigstel, also um ungefähr 5 Mrd. Euro pro Jahr, zurückgeführt wird. Für das am 3. Juni 2020 vorgelegte Konjunkturpaket soll ein weiterer Nachtragshaushalt beschlossen werden, wodurch sich die Nettokreditaufnahme des Bundes nochmals um gut 50 Mrd. Euro und damit auch die jährlichen Tilgungsbeträge erhöhen werden.

^{K3.1} Vgl. *Grundgesetz*, Art. 115, Abs. 2.

^{K3.2} Diese Regelungen gelten ebenso für die Bundesländer. Der „angemessene Zeitraum“ ist, zumindest für den Bund, nicht eindeutig definiert und hängt etwa von der Höhe der Kreditaufnahme ab. Zudem kann die jährliche Tilgungsleistung auch nach Verabschiedung des Tilgungsplans der konjunkturellen Lage angepasst werden (vgl. *Mayer, C.: Greift die neue Schuldenbremse?* in: *Archiv des öffentlichen Rechts*, Jg. 136, Nr. 2, 2011, 266-322).

¹⁰ Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Weltwirtschaft wieder etwas kräftiger – aber Deutschland zunächst weiter im Abschwung*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 7 (4), 2019, 69-108.

¹¹ Im Rahmen der EU-Haushaltsüberwachung findet bei der Berechnung des strukturellen Defizits eine Bereinigung um Einmaleffekte statt. Einmalige, zielbezogene Maßnahmen im Falle von Naturkatastrophen oder Notsituationen werden bei der Kalkulation des strukturellen Finanzierungssaldos in der Regel außer Ansatz gelassen (vgl. *Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2008/09: Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken*, Wiesbaden, 2007). Bei der Schuldenbremse des Bundes wie auch den Schuldenbremsen der Länder findet hingegen keine Bereinigung um Einmaleffekte statt.

¹² Dies geht, neben dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und der expansiven Finanzpolitik, auf die im Rahmen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ausgereichten staatlichen Kredite und Beteiligungen zurück, die zwar nicht unmittelbar defizitwirksam sind, aber aufgrund ihrer Kreditfinanzierung die Bruttoschuldenquote erhöhen.

¹³ Vgl. z. B. *Dippelsman, R.; Semeraro, G.; Cadete de Matos, J.; Catz, J.: Deficit and Debt of General Government and Public Sector*, in: van de Ven, P.; Fano, D. (Hrsg.): *Understanding Financial Accounts*, OECD Publishing, Paris 2017.

Darüber hinaus könnten sich für den Bund Abbauverpflichtungen aus dem Kontrollkonto der Schuldenbremse ergeben. In der Regel werden Abweichungen der tatsächlichen Nettokreditaufnahme des Bundes und der seit Inkrafttreten der Schuldenbremse neu errichteten Extrahaushalte des Bundes von der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme auf einem Kontrollkonto verbucht. Im Falle einer Überschreitung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme wird ein negativer Betrag, im Falle eines Unterschreitens ein positiver Betrag verbucht. Der nach jedem Haushaltsabschluss auf dem Kontrollkonto verbuchte Differenzbetrag wird mit den in den Vorjahren auf dem Kontrollkonto verbuchten Salden verrechnet.

Wird von der für Notsituationen vorgesehenen Ausnahmesituation Gebrauch gemacht, ist der auf dem Kontrollkonto zu verbuchende Betrag um die vom Bundestag beschlossene erhöhte Nettokreditaufnahme zu bereinigen. Fällt in der aktuellen Situation die tatsächliche Nettokreditaufnahme dann höher aus als im Nachtragshaushalt angesetzt, muss der Differenzbetrag auf dem Kontrollkonto verbucht werden. Der negative Saldo auf dem Kontrollkonto soll den Schwellenwert von 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres nicht überschreiten. Aktuell wären dies ungefähr 33 Mrd. Euro. Allerdings würde eine negative Differenz zwischen tatsächlicher und maximal zulässiger Nettokreditaufnahme im Jahr 2020 mit dem positiven Saldo auf dem Kontrollkonto in Höhe von derzeit 52,1 Mrd. Euro verrechnet. Abbauverpflichtungen ergeben sich zudem nur dann, wenn für das kommende Jahr eine positive Veränderung der Produktionslücke erwartet wird.

Darüber hinaus hat der Bund in den vergangenen Jahren eine Rücklage in einer Höhe von mittlerweile knapp 50 Mrd. Euro aufgebaut. Durch Entnahmen aus dieser Rücklage könnte die Nettokreditaufnahme in Zukunft reduziert werden. Während gebildete Rücklagen somit zusätzliche Haushaltsspielräume eröffnen, dienen Guthaben auf dem Kontrollkonto lediglich dazu, Überschreitungen der zulässigen Nettokreditaufnahme in einem Haushaltsjahr auszugleichen, sie erhöhen aber nicht unmittelbar den finanzpolitischen Planungsspielraum.^{K3.3}

Sofern die Verschuldungsgrenze von 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt für den Gesamtstaat bzw. die zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes in Höhe von 0,35% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt künftig wieder eingehalten wird, wird auch die Schuldenstandsquote wieder zurückgeführt werden.

Auch im kommenden Jahr dürften die öffentlichen Haushalte hohe Defizite aufweisen. Die maximal zulässige Nettokreditaufnahme ergibt sich aus der maximal zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme abzüglich des Saldos finanzieller Transaktionen, der Konjunkturkomponente und möglicher Abbauverpflichtungen aus dem Kontrollkonto. Durch die Abwärtskorrektur des Produktionspotenzials infolge des wirtschaftlichen Einbruchs im laufenden Jahr verringert sich die Konjunkturkomponente für das Folgejahr, wodurch die maximal zulässige Nettokreditaufnahme für das Jahr 2021 geringer ausfällt. Allerdings soll die Schuldenbremse auch für das Jahr 2021 ausgesetzt werden.

^{K3.3} Vgl. z. B. *Deutsche Bundesbank*: Exkurs: Zur Nutzung von Rücklagen und Extrahaushalten bei Bund und Ländern, in: Monatsbericht August 2018, 70-74.

Die Veränderung der Schuldenstandsquote ist abhängig von dem auf die Staatsschulden zu entrichtenden Zinssatz, dem Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts und dem Primärsaldo. Entspricht der Zinssatz dem Produktionszuwachs, bleibt die Schuldenstandsquote bei ausgeglichenem Primärsaldo konstant. Soll aber in dieser Situation die Schuldenstandsquote zurückgeführt werden, sind Primärüberschüsse erforderlich.

Sofern die Zinsen auf staatliche Schuldverschreibungen allerdings so niedrig bleiben und das Bruttoinlandsprodukt mittel- bis langfristig so kräftig zunimmt wie in den zurückliegenden fünf Jahren, ginge die Schuldenstandsquote auch ohne Primärüberschüsse bis zum Jahr 2035 wieder auf 60% zurück.

Denkbar wäre jedoch, dass infolge der steigenden Staatsverschuldung die Rendite deutscher Staatsanleihen künftig zunimmt das Wirtschaftswachstum infolge der von Seiten der Politik ausgelösten Einschränkung der

wirtschaftlichen Aktivität geschmälert wird. Würden sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts und der im Durchschnitt auf die Staatsschuldtitel zu entrichtende Zinssatz angleichen, müsste im Jahresdurchschnitt ein Primärüberschuss in Höhe von 1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erzielt werden, um den Schuldenstand bis zum Jahr 2030 wieder unter den Maastricht-Referenzwert von 60% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu senken. Würde im Falle eines Anstiegs der Infektionszahlen in Deutschland ein erneuter Shutdown angeordnet und die öffentliche Verschuldung infolge eines nochmaligen wirtschaftlichen Einbruchs und weiterer staatlicher Hilfspakete auf 90% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt steigen, wären zu einer Rückführung des Schuldenstandes auf unter 60% bis zum Jahr 2030 – erneut unter der Annahme eines identischen Zinssatzes und Produktionsanstiegs – jahresdurchschnittliche Primärüberschüsse in Höhe von 2,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erforderlich. Auch wenn derzeit die Rendite deutscher Staatsschuldverschreibungen deutlich niedriger ist als der mittelfristig zu erwartende Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts, könnte eine Rückführung des Schuldenstandes mit jeder weiteren Produktionseinschränkung immer schwieriger werden. Es besteht die Gefahr, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen und damit der Arbeitslosen zu- und das Produktionspotenzial und die Wachstumsaussichten infolge einer quantitativen und qualitativen Entwertung des Sach- und Humankapitals abnimmt und die öffentlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen dadurch langfristig gemindert werden. Auch ein mit zunehmender Verschuldung steigendes Zinsniveau könnte die öffentlichen Haushalte erheblich unter Druck setzen. Unabhängig von der Corona-Pandemie führt der demografische Wandel künftig ohnehin schon zu höheren öffentlichen Ausgaben und geringeren Einnahmen, weil die Zahl der Arbeitskräfte ab dem Jahr 2023 zurückgehen wird.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Europa	29,6	1,4	−7,1	5,1	2,1	1,1	2,0	6,8	8,7	8,3
EU 27	21,1	1,5	−7,4	5,3	1,3	0,5	1,6			
Großbritannien	3,8	1,4	−8,2	5,0	1,9	0,9	1,4			
Schweiz	0,9	1,0	−5,2	4,6	0,4	−0,5	0,8			
Norwegen	0,6	1,2	−6,0	3,9	2,1	0,8	1,8			
Türkei	1,0	0,9	−3,0	5,4	15,1	10,5	9,5			
Russland	2,2	1,4	−5,8	4,3	4,4	3,5	4,0			
Amerika	35,5	1,9	−5,1	4,5	1,8	0,6	2,2	3,7	10,5	9,2
USA	27,3	2,3	−5,2	4,8						
Kanada	2,3	1,7	−5,5	3,8						
Lateinamerika ¹	5,9	0,6	−4,6	3,5						
Asien	34,9	4,3	−1,5	6,4	0,6	−0,3	0,1	2,4	3,2	3,1
Japan	6,6	0,7	−4,5	1,7						
China ohne Hongkong	17,7	6,1	−0,4	9,1						
Südkorea	2,3	2,0	−1,1	3,3						
Indien	3,6	5,1	−1,2	5,7						
Ostasien ohne China ²	4,7	3,2	−2,2	5,0						
Insgesamt ³	100,0	2,6	−4,5	5,4						
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	66,6	1,7	−5,3	4,3	1,5	0,5	1,6	4,7	8,1	7,4
Schwellenländer ⁵	33,4	4,4	−1,8	7,0						
nachrichtlich:										
Exportgewichtet ⁶	−	1,9	−6,0	5,3						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁷	−	3,1	−3,8	5,7						
Welthandel ⁸	−	−0,3	−8,5	6,0						

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

⁴ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁵ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁶ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2018.

⁷ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2019.

⁸ Realer Güterhandel. Wert für 2019 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

Tabelle A2**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA**

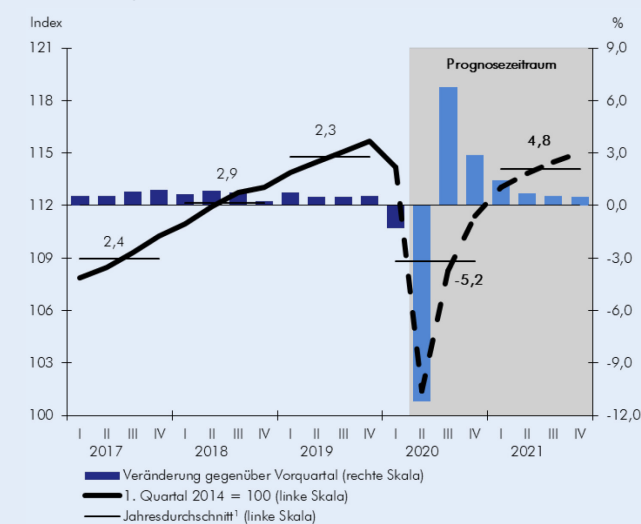
	2019	2020	2021
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	2,3	-5,2	4,8
privater Konsum	2,6	-6,1	3,8
Staatskonsum und -investitionen	2,3	3,9	2,6
private Bruttoanlageinvestitionen	1,3	-6,8	6,8
inländische Verwendung	2,4	-4,8	4,2
Exporte	0,0	-6,4	7,0
Importe	1,0	-6,3	6,3
Außenbeitrag ¹	-1,5	-0,4	0,7
Verbraucherpreise	1,8	0,6	2,2
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ²	-5,8	-16,2	-7,0
Leistungsbilanzsaldo	-2,3	-2,3	-2,2
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote	3,7	10,5	9,2

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A1**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA**

saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A3**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

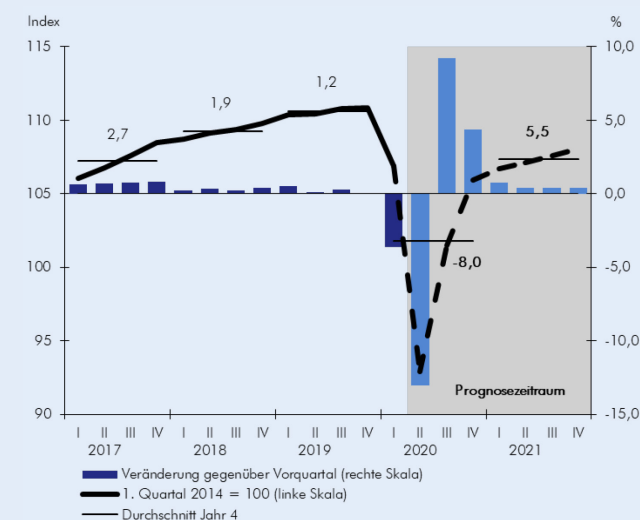
	2019	2020	2021
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	1,3	-8,0	5,5
privater Konsum	1,3	-10,3	6,8
öffentlicher Konsum	1,8	1,1	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	5,9	-8,0	8,4
inländische Verwendung	1,9	-7,3	6,2
Exporte ¹	2,5	-12,1	7,7
Importe ¹	4,0	-10,4	8,6
Außenbeitrag ²	-0,6	-0,5	-0,2
Verbraucherpreise ³	1,2	0,3	1,5
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Budgetsaldo ⁴	-0,6	-8,6	-4,6
Leistungsbilanzsaldo	2,7	3,0	2,2
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ⁵	7,6	9,3	9,2

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Abbildung A2**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Deutschland	24,8	0,6	−5,5	3,2	1,4	0,4	1,8	3,2	4,5	4,7
Frankreich	17,5	1,5	−11,2	7,6	1,3	0,6	1,7	8,5	9,8	9,6
Italien	13,0	0,3	−9,0	5,0	0,7	0,0	0,9	10,0	10,6	11,5
Spanien	9,0	2,0	−12,6	10,5	0,8	−0,3	1,1	14,1	18,0	17,3
Niederlande	5,7	1,8	−6,2	4,6	2,7	0,6	1,3	3,4	4,9	5,3
Belgien	3,3	1,4	−7,5	6,2	1,3	0,2	1,9	5,4	6,4	6,5
Österreich	2,9	1,5	−5,7	3,7	1,5	0,9	1,1	4,5	5,6	5,2
Irland	2,4	5,6	−2,5	4,1	0,9	0,2	1,4	5,0	9,0	5,5
Finnland	1,7	1,0	−2,3	1,4	1,1	0,5	1,0	6,7	7,8	7,3
Portugal	1,5	2,2	−8,1	4,2	0,3	−0,2	0,7	6,6	8,6	7,7
Griechenland	1,4	1,9	−7,5	5,5	0,5	−0,8	1,6	17,3	20,6	19,1
Slowakei	0,7	2,4	−10,2	8,1	2,8	1,8	1,7	5,8	6,0	5,5
Luxemburg	0,4	2,3	−4,3	3,4	1,6	0,2	1,7	5,6	6,7	6,2
Slowenien	0,3	2,4	−8,1	4,2	1,7	0,2	2,1	4,5	9,9	8,1
Litauen	0,3	3,9	−4,1	4,9	2,2	0,9	2,3	6,3	9,3	6,9
Lettland	0,2	2,2	−7,0	5,1	2,8	0,8	1,9	6,3	7,3	6,1
Estland	0,2	4,4	−7,1	3,9	2,3	0,2	2,5	4,4	6,4	5,2
Zypern	0,2	3,3	−6,7	7,8	0,6	−0,1	0,8	7,1	9,7	8,0
Malta	0,1	4,7	−11,3	10,8	1,5	1,4	1,8	3,4	4,6	3,5
Euroraum insgesamt	85,8	1,2	−8,0	5,5	1,2	0,3	1,5	7,6	9,3	9,2
Euroraum ohne Deutschland	60,9	1,4	−9,0	6,4	1,1	0,3	1,3	9,2	11,0	10,8
Polen	3,7	4,2	−3,4	4,4	2,1	2,8	2,2	3,3	6,8	5,9
Schweden	3,5	1,2	−3,1	3,0	1,7	1,5	2,5	6,8	8,4	7,2
Dänemark	2,2	2,4	−4,5	4,7	0,7	0,2	1,2	5,1	4,9	4,7
Tschechien	1,5	2,5	−5,0	4,5	2,6	1,9	1,8	2,0	4,4	3,3
Rumänien	1,5	4,2	−4,1	4,4	3,9	3,1	2,8	3,9	5,4	3,7
Ungarn	1,0	5,0	−4,3	4,2	3,4	2,8	2,2	3,5	6,8	5,9
Bulgarien	0,4	3,4	−2,8	2,2	2,5	2,2	1,9	4,2	6,9	5,3
Kroatien	0,4	3,0	−3,5	3,0	0,8	0,4	0,8	6,7	12,9	9,4
MOE-Länder ⁴	10,3	3,7	−4,6	4,5	2,6	2,3	2,1	3,8	6,7	5,4
EU 27 ⁵	100,0	1,5	−7,4	5,3	1,3	0,5	1,6	6,8	8,7	8,3

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2018.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2019					2020				2021			
	I	II	III	IV		I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,9	0,2	0,2	0,0	-3,2	-10,1	7,9	6,6		0,0	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	1,1	0,5	1,4	0,1	0,2	0,2	0,9	0,9		0,3	0,3	0,4	0,4
Bauten	2,6	-0,9	0,4	0,1	4,1	-2,0	1,4	0,9		0,6	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	1,1	0,0	-1,4	-2,0	-6,9	-12,0	7,5	4,0		3,5	2,0	0,5	0,5
sonstige Anlagen	-0,6	0,9	1,0	1,1	-0,3	-0,1	0,5	0,5		0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ²	-0,8	0,2	-0,9	0,3	0,3	2,8	-0,7	-1,9		-0,5	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,3	0,3	-0,5	0,3	-1,5	-3,6	4,2	2,1		-0,2	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ²	0,2	-0,5	0,8	-0,4	-0,8	-5,4	1,9	0,2		0,2	0,2	0,2	0,2
Exporte	1,7	-1,4	1,3	-0,6	-3,1	-20,2	10,2	6,6		2,1	1,8	1,7	1,6
Importe	1,4	-0,3	-0,3	0,1	-1,6	-9,6	5,6	6,3		1,7	1,5	1,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,5	-0,2	0,3	-0,1	-2,2	-8,9	6,1	2,2		0,0	0,6	0,6	0,6

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts^a**

in Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
Konsumausgaben	1,0	1,4	-2,3	3,8
private Konsumausgaben	0,7	0,8	-2,7	3,3
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,5	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,5	-0,4	1,1
Bauten	0,3	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	0,3	0,0	-0,9	0,6
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,3	-0,8	1,5	-1,7
inländische Verwendung	2,0	1,1	-1,3	3,1
Außenbeitrag	-0,4	-0,6	-3,8	0,2
Exporte	1,0	0,5	-5,6	3,8
Importe	-1,5	-1,0	1,7	-3,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,6	-5,1	3,2

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
statistischer Überhang ^a	1,1	0,2	0,0	2,3
Jahresverlaufsrate ^b	0,6	0,4	-3,3	1,8
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,5	0,6	-5,5	3,2
Kalendereffekt ^c	0,0	0,0	0,4	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	1,5	0,6	-5,1	3,2

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2019 und 2020**

	2019	2020	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	41 087	40 701	-386	-0,9
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 518	33 339	-179	-0,5
Geförderte ¹	120	129	9	7,5
nicht geförderte	33 398	33 210	-188	-0,6
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 579	4 339	-240	-5,2
sonstige	2 990	3 023	33	1,1
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	4 149	4 020	-129	-3,1
geförderte Selbstständigkeit	23	21	-2	-8,7
nicht geförderte Selbstständigkeit	4 126	3 999	-127	-3,1
Erwerbstätige (Inland)	45 236	44 721	-515	-1,1
staatlich subventionierte Erwerbstätige	287	3 192	2 905	
geförderte Erwerbstätige ²	143	150	7	4,9
Kurzarbeit	144	3 042	2 898	
ungeförderte Erwerbstätigkeit	44 949	41 529	-3 420	-7,6
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland)	0,6	7,1		

¹ Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ² Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	2,1	1,0	-11,8	8,8
Importe, real	3,6	2,5	-4,2	8,9
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	47,4	47,0	43,1	45,3
Importe, nominal	41,3	41,1	40,6	42,4
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	206,1	200,5	83,8	100,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
Anlageinvestitionen insgesamt	3,5	2,6	-2,0	4,7
Bauinvestitionen insgesamt	2,5	3,8	3,3	3,2
Wohnbauten	3,0	4,0	4,3	2,6
Nichtwohnbauten insgesamt	1,7	3,5	1,8	4,2
gewerbliche Bauten	0,6	2,2	4,7	1,3
öffentliche Bauten	4,3	6,5	4,3	1,7
Ausrüstungen	4,4	0,6	-12,2	9,1
Sonstige Anlagen	4,3	2,7	1,6	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A11:**Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2018	2019	2020	2021
verfügbares Einkommen, nominal	3,5	2,9	0,8	0,1
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,7	4,7	-1,1	3,1
monetäre Sozialleistungen	2,6	4,5	10,4	-1,3
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,9	-1,4	-8,5	-1,0
Sparen	8,6	2,3	47,8	-41,3
private Konsumausgaben, nominal	2,8	3,0	-5,0	8,1
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	4,8	4,2	-1,4	2,5
Sparquote (in %)	11,0	10,9	16,0	9,3
Preisindex des privaten Konsums	1,5	1,3	0,2	1,5
private Konsumausgaben, real	1,3	1,6	-5,1	6,4

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2019	2020			
	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	-2,2	-8,9	6,1	2,2
<i>Darunter</i>					
Bruttowertschöpfung	0,0	-2,0	-8,9	6,1	2,2
<i>darunter</i>					
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,4	-4,3	-17,6	9,7	5,8
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-4,4	-18,7	10,0	6,5
Energie- und Wasserversorgung	3,7	-3,4	-8,2	7,2	1,5
Baugewerbe	-0,1	2,1	-1,5	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,1	-3,4	-13,1	8,0	1,8
Information und Kommunikation	-0,7	-0,4	-3,2	2,0	0,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,1	0,1	-0,3	1,1	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,9	-5,5	4,2	1,0
Unternehmensdienstleister	0,3	-1,8	-8,9	11,7	1,4
öffentliche Dienstleister	0,3	-0,8	-2,8	2,8	1,1
sonstige Dienstleister	-0,2	-3,1	-7,8	6,0	2,9

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2020: Prognose des IWH.

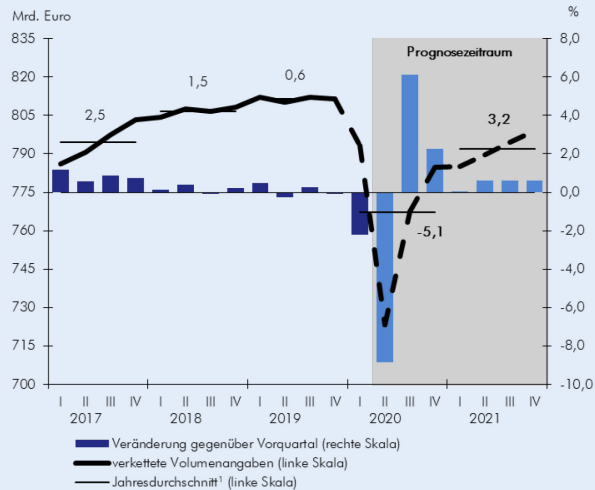
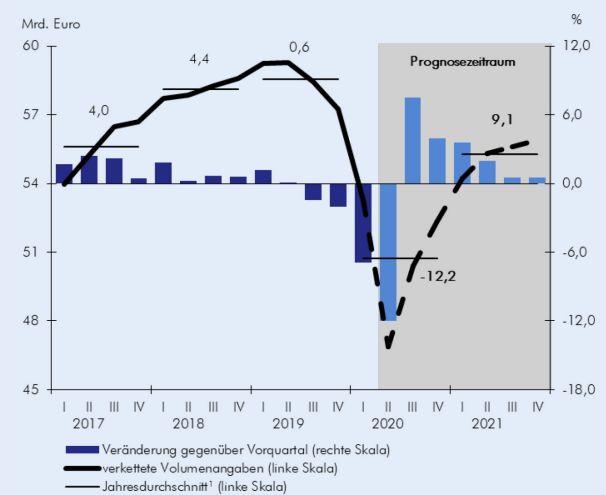
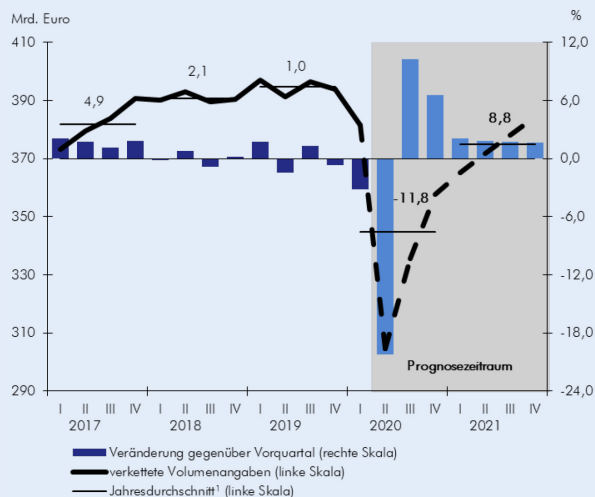
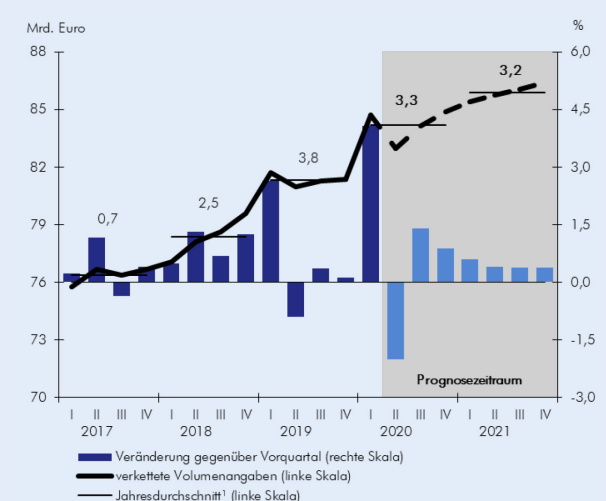
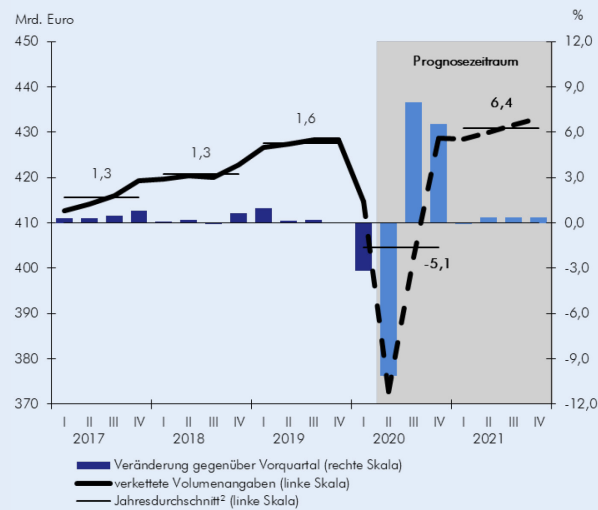
Abbildung A3**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf**Abbildung A5****Reale Investitionen in Ausrüstungen**
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf**Abbildung A4****Reale Exporte**
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf**Abbildung A6****Reale Bauinvestitionen**
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

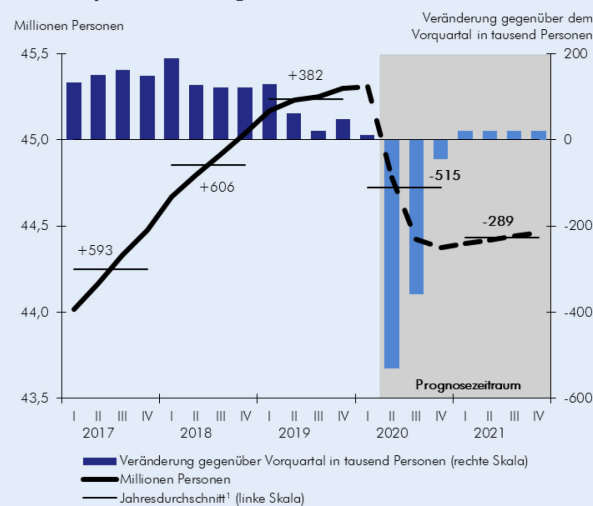
Abbildung A7**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹**
saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Abbildung A8**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A13**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd, Euro gegenüber Vorjahr

	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–1,5
schrittweises Abschmelzen des Solidaritätszuschlags		–9,8
weitere Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer zum 1. Januar 2020	–2,3	–0,6
Verschiebung der Eckwerte beim Einkommensteuertarif zum 1. Januar 2020	–2,2	–0,4
Anhebung der Freibeträge bei der Einkommensteuer		–1,5
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	–0,2	0,0
Jahressteuergesetz 2019	–0,3	–0,2
Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen	0,1	1,0
steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung	0,0	–1,1
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus		–0,1
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,2
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,5	0,5
Klimapaket: CO ₂ -Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr		8,0
Klimapaket: steuerliche Maßnahmen	–0,3	0,3
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2020 um 0,2 Prozentpunkte auf durchschnittlich 1,1%		2,4
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2021 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,6%		2,4
GKV-Freibetrag für Betriebsrenten	–1,2	0,0
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2020 um 0,1 Prozentpunkt auf 2,4%	–1,2	0,0
Ausweitung der Gleitzone (Midjobbereich) zum 1. Juli 2019	–0,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Bundesteilhabegesetz	–0,2	0,0
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 ⁴	–1,0	0,5
zusätzliche investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 ⁶	–2,7	–3,7
Zusätzliche Ausgaben des Energie- und Klimafonds	–1,8	–3,2
Zusätzliche investive Maßnahmen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024		–1,5
Änderungen beim Wohngeld	–0,2	–0,1
Anhebung der Kaufprämie für Elektroautos	–0,3	0,0
Fluthilfemaßnahmen	–0,2	–0,1
Reform des BAföG	–0,3	–0,1
Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes	–0,1	–0,2
Klimapaket: Senkung EEG-Umlage		–5,4
Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Juli 2019 und zum 1. Januar 2021	–0,8	–2,8
Baukindergeld	–0,2	0,0
Starke-Familien-Gesetz	–0,6	0,0
Angehörigenentlastungsgesetz	–0,3	0,0
Teilhabechancengesetz	–0,1	0,0
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,0	–0,1
Mehrausgaben für Verteidigung und Entwicklungshilfe	–0,6	–0,1
Personalaufstockung in den Bereichen Sicherheit und Justiz	–0,3	–0,5
Ausgaben der Sozialversicherungen		
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode ³	–0,2	–0,2
Verlängerung der Zurechnungszeit für Erwerbsgeminderte/Anpassung des aktuellen Rentenwerts Ost	–0,7	–0,6
Grundrente		–1,3
Arbeit-von-morgen-Gesetz	–0,1	–0,2
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	–0,3	–0,2
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	–0,1	0,0
Terminservice- und Versorgungsgesetz	–0,5	–0,5
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)⁵	–20,3	–20,8
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,6	–0,6

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 4. November 2016, Unternehmensteuerreformgesetz 2008, Umsetzung des EuGH-Urteils vom 15. September 2016 zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung. – ³ Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – ⁴ investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag von 2013 sowie zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds und des Investitionspakets über 10 Mrd. Euro, zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, zusätzliche Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit. – ⁵ Differenzen durch Rundungsfehler. – ⁶ Digitalpakt, Fonds für den Breitbandausbau, Ausbau von Ganztagschulen, zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung, Erhöhung der Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2019**

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaf-	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 092,5	2 086,7	345,9	659,9	–
2	– Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 455,5	1 721,6	266,5	467,4	–200,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,4	1 333,9	271,4	242,0	14,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,7	14,9	0,3	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	28,4	26,5	0,2	1,7	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	611,8	399,3	–5,1	217,6	–215,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 848,4	–	–	1 848,4	13,4
9	– geleistete Subventionen	30,9	–	30,9	–	5,6
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	368,6	–	368,6	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	651,6	604,0	27,6	20,0	205,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	751,6	368,4	21,3	361,9	105,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 897,8	163,7	326,3	2 407,9	–300,2
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,9	93,8	–	353,1	11,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	458,1	–	458,1	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	733,0	–	–	733,0	4,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	734,5	136,0	597,6	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	613,0	66,4	545,7	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	605,6	–	–	605,6	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	356,2	188,3	78,6	89,2	54,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	307,5	166,6	24,7	116,2	103,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 854,4	117,8	782,3	1 954,3	–256,7
23	– Konsumausgaben	2 494,3	–	698,9	1 795,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,4	–	60,4	–
25	= Sparen	360,1	57,4	83,4	219,3	–256,7
26	– geleistete Vermögenstransfers	69,2	18,2	40,3	10,7	4,1
27	+ empfangene Vermögenstransfers	59,8	26,9	12,3	20,7	13,5
28	– Bruttoinvestitionen	740,3	426,1	85,5	228,7	–
29	+ Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,6	–2,2	–1,2	0,7	2,6
31	= Finanzierungssaldo	250,0	7,2	50,4	192,4	–250,0
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 854,4	117,8	782,3	1 954,3	–256,7
33	– geleistete soziale Sachtransfers	448,6	–	448,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	448,6	–	–	448,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 854,4	117,8	333,7	2 403,0	–256,7
36	– Konsum ³	2 494,3	–	250,3	2 244,0	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,4	–	60,4	–
38	= Sparen	360,1	57,4	83,4	219,3	–256,7

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2020

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 024,7	2 077,2	359,8	587,7	–
2	– Abschreibungen	665,3	378,2	84,0	203,1	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 359,4	1 699,0	275,8	384,6	–83,8
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 821,7	1 303,3	282,0	236,4	15,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,9	15,0	0,3	9,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	79,5	13,9	0,2	65,4	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	592,2	394,6	–6,3	204,0	–99,2
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 823,1	–	–	1 823,1	14,0
9	– geleistete Subventionen	85,7	–	85,7	–	5,6
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	313,2	–	313,2	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	584,4	541,7	25,2	17,5	214,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	680,6	332,8	22,5	325,3	118,3
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 739,0	185,6	218,5	2 334,9	–179,9
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	409,3	76,5	–	332,8	12,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	421,4	–	421,4	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	730,3	–	–	730,3	4,4
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	731,4	135,1	595,5	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	676,1	67,3	608,0	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	668,7	–	–	668,7	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	365,4	187,0	86,4	92,0	55,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	319,5	174,0	24,7	120,8	101,4
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 698,9	164,0	565,7	1 969,2	–139,7
23	– Konsumausgaben	2 432,9	–	726,7	1 706,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
25	= Sparen	266,0	102,8	–161,0	324,2	–139,7
26	– geleistete Vermögenstransfers	79,7	–1,7	70,1	11,4	4,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	68,8	24,5	12,9	31,5	15,1
28	– Bruttoinvestitionen	791,6	458,6	88,2	244,8	–
29	+ Abschreibungen	665,3	378,2	84,0	203,1	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,2	–1,7	–1,2	0,7	2,2
31	= Finanzierungssaldo	131,0	50,3	–221,2	301,9	–131,0
nachrichtlich:						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 698,9	164,0	565,7	1 969,2	–139,7
33	– geleistete soziale Sachtransfers	464,2	–	464,2	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	464,2	–	–	464,2	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 698,9	164,0	101,5	2 433,4	–139,7
36	– Konsum ³	2 432,9	–	262,5	2 170,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,2	–	61,2	–
38	= Sparen	266,0	102,8	–161,0	324,2	–139,7

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2021

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 134,6	2 104,8	368,8	661,0	–
2	– Abschreibungen	691,9	388,8	88,8	214,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 442,6	1 716,0	280,0	446,6	–100,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 863,5	1 333,9	287,7	242,0	16,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	33,1	20,0	0,3	12,9	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	36,2	18,4	0,2	17,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	582,1	380,5	–7,8	209,4	–116,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 865,0	–	–	1 865,0	14,5
9	– geleistete Subventionen	53,2	–	53,2	–	5,9
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	392,0	–	392,0	–	7,2
11	– geleistete Vermögenseinkommen	555,8	513,9	24,2	17,7	223,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	656,7	320,0	21,5	315,1	122,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 886,8	186,6	328,3	2 371,8	–201,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	410,2	80,9	–	329,3	13,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	422,9	–	422,9	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	743,8	–	–	743,8	4,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	745,0	138,0	606,2	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	667,5	68,2	598,4	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	659,9	–	–	659,9	8,2
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	376,9	167,0	98,1	111,8	56,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	332,8	182,0	25,5	125,3	100,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 849,0	190,5	686,3	1 972,1	–163,3
23	– Konsumausgaben	2 596,4	–	752,4	1 843,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,0	–	62,0	–
25	= Sparen	252,6	128,6	–66,1	190,2	–163,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	104,2	42,3	50,3	11,6	4,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	90,2	48,3	13,1	28,8	18,4
28	– Bruttoinvestitionen	781,3	430,8	92,6	257,9	–
29	+ Abschreibungen	691,9	388,8	88,8	214,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,1	–1,5	–1,2	0,6	2,1
31	= Finanzierungssaldo	151,4	94,0	–105,9	163,3	–151,4
<i>nachrichtlich:</i>						
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 849,0	190,5	686,3	1 972,1	–163,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	483,4	–	483,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	483,4	–	–	483,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 849,0	190,5	202,9	2 455,5	–163,3
36	– Konsum ³	2 596,4	–	269,0	2 327,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,0	–	62,0	–
38	= Sparen	252,6	128,6	–66,1	190,2	–163,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,9	-1,1	-0,6	-0,3	-1,9	-1,4	0,1
Arbeitsvolumen	0,6	-3,7	1,5	-3,3	-4,0	-0,1	3,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-2,5	2,2	-2,9	-2,1	1,4	2,9
Produktivität¹	0,0	-1,5	1,7	-3,1	0,2	3,9	-0,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	-5,1	3,2	-6,3	-3,9	3,8	2,7
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 494,3	2 432,9	2 596,4	1 172,6	1 260,3	1 265,9	1 330,5
private Haushalte²	1 795,4	1 706,2	1 843,9	820,3	885,9	899,9	944,0
Staat	698,9	726,7	752,4	352,3	374,4	366,0	386,5
Anlageinvestitionen	746,5	747,6	793,7	356,9	390,7	378,5	415,1
Bauten	372,9	398,8	418,1	192,0	206,8	201,2	216,9
Ausrüstungen	239,8	211,2	232,8	99,2	112,0	109,5	123,3
sonstige Anlageinvestitionen	133,7	137,6	142,8	65,7	71,9	67,8	75,0
Vorratsveränderung³	-6,2	44,0	-12,4	30,7	13,3	-1,6	-10,8
inländische Verwendung	3 234,7	3 224,5	3 377,6	1 560,2	1 664,4	1 642,9	1 734,8
Außenbeitrag	200,5	83,8	100,0	56,3	27,5	54,3	45,8
Exporte	1 613,5	1 426,2	1 574,5	703,9	722,2	766,1	808,4
Importe	1 412,9	1 342,4	1 474,5	647,6	694,7	711,9	762,6
Bruttoinlandsprodukt	3 435,2	3 308,3	3 477,7	1 616,5	1 691,8	1 697,1	1 780,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,5	-2,5	6,7	-3,6	-1,4	8,0	5,6
private Haushalte²	3,0	-5,0	8,1	-6,6	-3,4	9,7	6,6
Staat	5,0	4,0	3,5	4,2	3,7	3,9	3,2
Anlageinvestitionen	5,5	0,1	6,2	-0,8	1,0	6,1	6,2
Bauten	8,3	6,9	4,8	6,4	7,5	4,8	4,9
Ausrüstungen	1,9	-11,9	10,3	-14,3	-9,7	10,4	10,1
sonstige Anlageinvestitionen	4,4	2,9	3,8	3,7	2,2	3,3	4,2
Inländische Verwendung	3,1	-0,3	4,7	-1,6	1,0	5,3	4,2
Exporte	1,7	-11,6	10,4	-12,4	-10,8	8,8	11,9
Importe	2,4	-5,0	9,8	-7,6	-2,4	9,9	9,8
Bruttoinlandsprodukt	2,7	-3,7	5,1	-4,3	-3,1	5,0	5,2
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	5,8	2,5	2,9	3,5	1,6	3,2	2,6
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 366,8	2 291,8	2 409,1	1 107,5	1 184,3	1 184,3	1 224,8
private Haushalte²	1 708,8	1 620,9	1 725,3	776,1	844,7	845,3	879,9
Staat	657,9	670,6	684,1	331,1	339,5	339,0	345,1
Anlageinvestitionen	683,6	670,1	701,4	320,5	349,6	338,2	363,2
Bauten	324,0	334,8	345,4	162,0	172,8	169,2	176,2
Ausrüstungen	232,9	204,5	223,2	95,5	108,9	105,1	118,0
sonstige Anlageinvestitionen	126,5	128,5	131,3	61,6	66,9	62,8	68,6
inländische Verwendung	3 054,1	3 013,2	3 108,2	1 458,5	1 554,7	1 522,9	1 585,3
Exporte	1 572,6	1 386,4	1 507,9	686,1	700,4	737,5	770,4
Importe	1 387,7	1 329,1	1 447,4	642,6	686,6	701,4	746,0
Bruttoinlandsprodukt	3 240,7	3 075,7	3 175,4	1 504,0	1 571,8	1 561,8	1 613,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,9	-3,2	5,1	-4,9	-1,5	6,9	3,4
private Haushalte²	1,6	-5,1	6,4	-7,6	-2,8	8,9	4,2
Staat	2,7	1,9	2,0	2,1	1,8	2,4	1,6
Anlageinvestitionen	2,6	-2,0	4,7	-3,1	-0,9	5,6	3,9
Bauten	3,8	3,3	3,2	2,7	3,9	4,5	2,0
Ausrüstungen	0,6	-12,2	9,1	-15,2	-9,4	10,1	8,3
sonstige Anlageinvestitionen	2,7	1,6	2,2	2,2	1,0	1,9	2,4
inländische Verwendung	1,2	-1,3	3,2	-3,2	0,4	4,4	2,0
Exporte	1,0	-11,8	8,8	-12,7	-11,0	7,5	10,0
Importe	2,5	-4,2	8,9	-6,4	-2,0	9,2	8,7
Bruttoinlandsprodukt	0,6	-5,1	3,2	-6,3	-3,9	3,8	2,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	1,3	0,2	1,5	1,1	-0,7	0,7	2,3
Konsumausgaben des Staates	2,3	2,0	1,5	2,1	1,9	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	2,9	2,2	1,4	2,5	1,9	0,5	2,3
Bauten	4,4	3,5	1,6	3,6	3,4	0,3	2,8
Ausrüstungen	1,3	0,3	1,0	1,1	-0,4	0,3	1,6
Exporte	0,8	0,3	1,5	0,3	0,2	1,2	1,7
Importe	-0,1	-0,8	0,9	-1,2	-0,4	0,7	1,0
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,5	1,8	2,2	0,8	1,1	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 407,9	2 334,9	2 371,8	1 172,3	1 162,6	1 153,4	1 218,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	326,2	322,8	327,5	158,5	164,3	159,1	168,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 522,2	1 500,3	1 537,5	722,3	778,0	736,7	800,8
übrige Primäreinkommen ⁴	559,5	511,8	506,8	291,5	220,2	257,6	249,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	489,9	404,1	515,0	149,6	254,5	237,8	277,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 897,8	2 739,0	2 886,8	1 321,9	1 417,1	1 391,1	1 495,6
Abschreibungen	637,0	665,3	691,9	330,6	334,7	343,8	348,1
Bruttonationaleinkommen	3 534,8	3 404,4	3 578,7	1 652,5	1 751,8	1 735,0	1 843,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 560,2	2 511,5	2 548,0	1 183,6	1 327,9	1 214,2	1 333,8
Arbeitnehmerentgelt	1 848,4	1 823,1	1 865,0	880,8	942,3	895,8	969,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	711,8	688,3	683,0	302,8	385,6	318,4	364,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	-3,0	1,6	-1,5	-4,5	-1,6	4,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	-1,0	1,4	0,2	-2,3	0,4	2,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	-1,4	2,5	-0,7	-2,1	2,0	2,9
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,0	-0,5	2,9	-0,6	-0,4	3,2	2,4
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,4	-8,5	-1,0	-4,4	-13,5	-11,6	13,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,1	-17,5	27,4	-32,2	-5,5	59,0	8,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	-5,5	5,4	-6,3	-4,7	5,2	5,5
Abschreibungen	4,6	4,4	4,0	4,6	4,3	4,0	4,0
Bruttonationaleinkommen	2,8	-3,7	5,1	-4,3	-3,1	5,0	5,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,3	-1,9	1,5	-4,7	0,8	2,6	0,4
Arbeitnehmerentgelt	4,4	-1,4	2,3	-0,5	-2,2	1,7	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,7	-3,3	-0,8	-15,2	8,7	5,2	-5,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 491,6	1 529,6	1 554,5	733,7	795,9	750,4	804,1
Nettolöhne und -gehälter	1 021,2	1 010,2	1 041,9	479,8	530,5	493,7	548,2
monetäre Sozialleistungen	605,6	668,7	659,9	326,4	342,3	329,9	330,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen.							
verbrauchsnahe Steuern	135,2	149,3	147,3	72,4	76,9	73,2	74,1
übrige Primäreinkommen ⁴	559,5	511,8	506,8	291,5	220,2	257,6	249,2
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-96,8	-72,2	-89,2	-32,1	-40,1	-43,0	-46,2
Verfügbares Einkommen	1 954,3	1 969,2	1 972,1	993,2	976,0	965,0	1 007,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,4	61,2	62,0	29,8	31,4	30,2	31,8
Konsumausgaben	1 795,4	1 706,2	1 843,9	820,3	885,9	899,9	944,0
Sparen	219,3	324,2	190,2	202,7	121,5	95,3	94,9
Sparquote (%) ⁶	10,9	16,0	9,3	19,8	12,1	9,6	9,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,5	2,5	1,6	2,3	2,8	2,3	1,0
Nettolöhne und -gehälter	4,7	-1,1	3,1	-0,7	-1,4	2,9	3,3
monetäre Sozialleistungen	4,5	10,4	-1,3	8,5	12,3	1,1	-3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen.							
verbrauchsnahe Steuern	6,0	10,4	-1,3	8,5	12,3	1,1	-3,6
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,4	-8,5	-1,0	-4,4	-13,5	-11,6	13,2
Verfügbares Einkommen	2,9	0,8	0,1	2,1	-0,6	-2,8	3,2
Konsumausgaben	3,0	-5,0	8,1	-6,6	-3,4	9,7	6,6
Sparen	2,3	47,8	-41,3	63,5	27,4	-53,0	-21,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	826,6	734,6	814,8	388,8	345,9	421,3	393,6
Nettosozialbeiträge	597,6	595,5	606,2	292,5	303,0	295,6	310,5
Vermögenseinkommen	21,3	22,5	21,5	14,3	8,2	13,3	8,2
sonstige Transfers	24,7	24,7	25,5	11,7	13,0	12,0	13,4
Vermögenstransfers	12,3	12,9	13,1	5,7	7,1	5,8	7,3
Verkäufe	125,9	128,7	132,6	60,2	68,5	62,0	70,6
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 608,5	1 519,1	1 613,9	773,3	745,9	810,2	803,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	479,2	495,9	516,5	238,3	257,7	249,3	267,2
Arbeitnehmerentgelt	271,4	282,0	287,7	135,4	146,6	138,1	149,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,6	25,2	24,2	13,0	12,2	12,4	11,8
Subventionen	30,9	85,7	53,2	34,1	51,5	28,3	25,0
monetäre Sozialleistungen	545,7	608,0	598,4	296,1	311,8	299,3	299,2
sonstige laufende Transfers	78,6	86,4	98,1	42,2	44,3	48,2	49,9
Vermögenstransfers	40,3	70,1	50,3	22,4	47,7	19,2	31,1
Bruttoinvestitionen	85,5	88,2	92,6	37,9	50,2	39,7	53,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,2	-1,2	-1,2	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Insgesamt	1 558,1	1 740,3	1 719,8	818,9	921,4	833,8	886,0
Finanzierungssaldo	50,4	-221,2	-105,9	-45,6	-175,5	-23,6	-82,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,2	-11,1	10,9	-6,5	-15,9	8,4	13,8
Nettosozialbeiträge	4,4	-0,3	1,8	0,9	-1,5	1,1	2,5
Vermögenseinkommen	0,2	5,5	-4,4	9,0	0,0	-7,1	0,5
sonstige Transfers	0,0	-0,2	3,2	4,8	-4,3	3,2	3,1
Vermögenstransfers	-6,5	4,9	2,1	7,2	3,1	2,0	2,2
Verkäufe	4,7	2,3	3,0	1,7	2,8	3,0	3,0
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,6	-5,6	6,2	-2,7	-8,4	4,8	7,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	5,2	3,5	4,1	3,8	3,3	4,6	3,7
Arbeitnehmerentgelt	4,7	3,9	2,0	3,9	3,9	2,0	2,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-13,0	-8,6	-4,1	-10,0	-7,1	-5,0	-3,2
Subventionen	4,6	176,9	-37,9	136,9	211,7	-17,2	-51,6
monetäre Sozialleistungen	4,9	11,4	-1,6	9,3	13,5	1,1	-4,1
sonstige laufende Transfers	5,0	9,9	13,4	8,6	11,2	14,2	12,7
Vermögenstransfers	-4,6	73,8	-28,2	64,6	78,5	-14,2	-34,8
Bruttoinvestitionen	9,2	3,1	5,1	1,0	4,7	4,5	5,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,5	11,7	-1,2	9,3	13,9	1,8	-3,8
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	1,5	-6,7	-3,0	-2,8	-10,4	-1,4	-4,6

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2020: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Chris Montgomery, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 8. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Juni 2020

ISSN 2195-8319